Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 37. Dienstag, den 13. Februar 1917. 24. Jahrg.

Fünfzig Jahre Reichstags-Wahlrecht.

Von Friedrich Stampfer.

Gestern, am 12. Februar, waren fünfzig Jahre verflossen, seit der erste deutsche Reichstag, der Reichstag des Norddeutschen Bundes, gewählt wurde. Das von der Achtundvierziger Revolution übernommene, von Lassalle unermüdlich propagierte allgemeine, gleiche direkte und geheime Wahlrecht war der große Trumpf, den Bismarck gegen Oesterreich ausgespielt hatte. Im Zeichen des gleichen Wahlrechts wurde der Krieg von 1870/71 geführt, entstand das neue Deutsche Reich bildete sich das feste Gefüge des Staatenbaues, das nun zweieinhalb Jahre lang einem Weltensturm trotzt.

Heute ist es so stark geworden, daß niemand daran denken kann, es zu entwurzeln. An Gegnern hatte es ihm auf seinem Werdegang aber nicht gefehlt. Bismarck selbst hatte sich mit dem Gedanken getragen, den Sozialdemokraten und womöglich noch anderen oppositionellen Gruppen das Wahlrecht wieder zu entziehen, und auch in der neuen Aera wurde die reaktionäre Gegnerschaft gegen das Volkswahlrecht so stark, daß manchmal der Entscheidungskampf darum nur noch eine Frage der Zeit schien. Auf der anderen Seite waren es ultrarevolutionäre, überradikale Elemente, die an der Parlamentsspielerei keinen Gefallen fanden, sondern die große Wendung lieber von „direkten Aktionen" erwarteten. Beide Gegnerschaften sind im Laufe der Zeit gegenstandslos geworden.

Die reaktionären Gegner des gleichen Wahlrechts sind längst durch den Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht in die Verteidigung, auf einen verlorenen Posten zurückgedrängt. Der antiparlamentarische Putschismus mag sich hier und dort noch einmal theoretisch rühren. Nur daß seine Theorien stets am harten Fels der Tatsachen scheitern werden, wie sie schon Friedrich Engels in seiner Vorrede zu den „Klassenkämpfen in der französischen Revolution" (1895) festgestellt hat, als er schrieb:

> Die Zeit der Ueberrumplungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisationen handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten 50 Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer andauernder Arbeit.

Engels rühmte es als einen Vorzug des gleichen Wahlrechts, daß es „uns genau unterrichtete über unsere eigene Stärke wie über die aller gegnerischen Parteien und uns dadurch einen Maßstab für die Proportionierung unserer Aktion lieferte", daß es „uns vor unzeitiger Zaghaftigkeit ebenso bewahrte, wie vor unzeitiger Tollkühnheit."

Das Wort von der langen, ausdauernden Arbeit hätte schon der beginnenden Tätigkeit der Sozialdemokratie vor 50 Jahren vorangestellt werden können. Indem sich die Partei in ihren beiden damaligen Zweigen, Lassalleanern und Eisenachern, an den ersten Reichstagswahlen beteiligte, tat sie den ersten entscheidenden Schritt auf der Bahn, auf der sie seitdem weitergegangen ist, und die sie nicht mehr verlassen konnte, ohne bis hinter ihren Ausgangspunkt zurückzugehen.

Die Wahlen vom 12. Februar 1867 brachten die schmerzlichste Enttäuschung, die furchtbarste Ernüchterung. Ganze vierzigtausend Stimmen waren den Lassalleanern zugefallen, fünfzehn-, höchstens achtzehntausend den Eisenachern! Der Millionendruck der „reaktionären Masse" legte sich hemmend und lähmend auf alle Aktionslust. Man war ausgezogen in der Hoffnung, binnen kurzem die Welt zu erobern und hatte gerade soviel Kraft aufgebracht, um zwei Sitze im neuen Reichstag zu besetzen! Nur ein felsenfester Glaube an die Zukunft konnte diesen Schlag überwinden, und auch er nur, wenn er sich paarte mit „langer, ausdauernder Arbeit".

An der hat es nun in den letzten fünfzig Jahren wahrlich nicht gefehlt, und allmählich sah sie ihre Früchte reifen. Aus den kaum sechzigtausend sozialdemokratischen Wählern waren 45 Jahre später 4½ Millionen geworden, ein Drittel der Wähler im ganzen Reich.

An eine Revolution „bewußter Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen" konnte kein Mensch mehr im Ernste glauben. So phantastisch hoch die Stimmenzahl gegenüber früheren Zeiten erschien, so wirkte sie doch „als Maßstab für die Proportionierung unserer Aktion", der von „vorzeitigen Tollkühnheiten" nachdrücklich warnte. Wenn zwei Drittel der Wähler sich bei einer geheimen Abstimmung auf die Seite der Gegner schlugen, so konnte die Sozialdemokratie nach ihren eigenen demokratischen Grundsätzen für die Gegenwart noch keinen Herrschaftsanspruch anmelden: aber vor einem Versuch, der nichtsozialdemokratischen Mehrheit die Herrschaft einer sozialdemokratischen Minderheit aufzuzwingen, mußte sie zugleich auch die völlige Aussichtslosigkeit eines solchen Beginnens abhalten. Es blieb bei der langen, ausdauernden Arbeit, und Jahre, vielleicht Jahrzehnte schienen noch nötig, um den Block bis zum Gipfel zu rollen.

Da kam der Krieg. Die deutsche Sozialdemokratie hatte in diesem Augenblick das Recht, auch an sich selber zu denken, denn sie ist der Ueberzeugung, daß die Zukunft des Volkes bei ihr ruht, sie hatte das Recht, die Kriegsfrage unter dem Gesichtswinkel zu betrachten, welche Haltung der Partei dem künftigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus am förderlichsten sei, denn von diesem Siege erhoffte sie für das deutsche Volk und alle Völker der Welt größeren Gewinn als von irgendeinem anderen! Und so war es nicht nur der gesunde Instinkt, der der Partei in diesem großen Augenblick den Weg zu den übrigen Volksgenossen wies, — die gleiche Not mit ihr teilten — es war auch die ruhige politische Ueberlegung, die sich sagte, daß man hier vor der Entscheidung stand: Entweder mit dem deutschen Volke hinauf zur Macht oder gegen das deutsche Volk wieder sturzartig hinunter in den Abgrund der Ohnmacht!

Wir täuschen uns nicht über den verhältnismäßig geringen Grad von Einfluß, den wir jetzt besitzen. Aber wir sind dessen gewiß, daß wir den Weg nach oben betreten haben und daß uns an dem Aufstieg auch nicht die Einsichtslosigkeit derer hindern kann, die nicht mit wollen. Nach oben, das heißt: zu jener Klarheit der Volksüberzeugung, zu jener Festigkeit des Volkswillens, die für die „vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation" — um wieder mit Engels zu sprechen — die unumgänglich notwendige Voraussetzung ist. „Da müssen die Massen selbst mit dabei sein!" Und sie werden dabei sein!

Das allgemeine Reichstagswahlrecht ist in fünfzig Jahren der Grundstock unserer politischen Volksentwicklung geworden. Es hat ganz anders gewirkt, als die Reaktionäre von rechts und die Propagandisten der „direkten Aktion" von ganz links erwarteten. Unter seiner Herrschaft vollzieht sich der Fortschritt nicht in gewaltsamen Umstürzen aber in tiefen Umwälzungen unaufhaltsam. Eine dieser Umwälzungen ist den Blinden erst mit dem Ausbruch dieses Krieges zum Bewußtsein gekommen. Das Reichstagswahlrecht, das jedem seinen Anteil an der Wahl der deutschen Volksvertretung gibt, hat das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen dem Reich und jedem einzelnen seiner Bürger unendlich gestärkt. In England singt man ein Wahllied, in dem es heißt: „Warum sollten wir Bettler sein mit dem Stimmzettel in der Hand?" Ja, der Stimmzettel ist, richtig verwendet, eine Anweisung auf den gerechten Anteil, den jedermann an seinem Vaterlande haben soll. Diese Erkenntnis und die Hoffnung auf Erfüllung seiner Ansprüche an die Zukunft hat das Volk in seiner Not so stark gemacht.

Und daran, daß es so geworden ist, hatten wir Sozialdemokraten — schon lange ohne es selbst zu wissen — den stärksten Anteil. Jeder sozialistische Wahlredner [illegible] was dieses Reich für sie ist, und was es für sie werden soll, hat ihnen zugleich auch klar gemacht, was das Reich für sie bedeutet. Was aber in diesen fünfzig Jahren in unserer Arbeit geworden ist, wollen wir nicht wieder einreißen. Diese fünfzig Jahre sind ein Stück Geschichte, das an dramatischer Kraft der Gegensätze, an spannenden Konflikten, an furchtbaren Menschheitstragödien seinesgleichen nicht findet. Daß der Friedensbau, den wir fast schon gesichert wähnten, wieder zusammenbrach, das war der furchtbarste Schlag. Aber an der Geschichte unserer Vorkämpfer uns erhebend, richten wir uns im Trümmerfall wieder auf. Wir schaffen es!

Vom Tage.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag tobten heftige Kämpfe zwischen Somme und Ancre. Sechs englische Angriffe wurden unter schweren Verlusten der Engländer zurückgewiesen. Bereits am Nachmittag lag außerordentlich starkes Feuer auf den deutschen Stellungen nördlich der Ancre, das sich mit Eintritt der Dunkelheit zu heftigstem Trommelfeuer steigerte. Ein Grabenstück bei Serre wurde während der englischen Feuervorbereitung geräumt, ohne daß dies von den Engländern, die besonders heftiges Feuer auf den geräumten Graben richteten, bemerkt worden wäre. Zwischen 9 und 10 Uhr gingen die ersten englischen Sturmtruppen über das verschneite zusammengeschossene Gelände zum Angriff in der Gegend von Beaumont vor. Sie wurden blutig zurückgewiesen. Ebenso scheiterten zwei weitere Angriffe, die die Engländer an gleicher Stelle versuchten. Gegen 11 Uhr wurde ein vierter Angriff östlich von Boncourt von einem englischen Bataillon, durch eine große Anzahl von Maschinengewehren verstärkt, vorgetragen. Bei diesem Angriff kam es zu erbitterten Nahkämpfen, wobei ein Offizier und über 30 Mann in deutschen Händen blieben. Der Angriff scheiterte vollkommen. Hierauf versuchten die Engländer noch zwei Angriffe in der Gegend von Serre mit starken Kräften. Etwas nach Mitternacht drangen sie in Schneeanzügen nach wütenden Handgranatenkämpfen in die deutschen Gräben ein, wurden jedoch durch mit großer Wucht vorgetragenen Gegenstoß mit schweren Verlusten an Toten und Verwundeten sowie mehreren Gefangenen wieder geworfen. Um 4 Uhr morgens versuchten die Engländer ihren sechsten und letzten Angriff in dieser Nacht. Dieser brach indessen bereits im deutschen Sperrfeuer zusammen. Die deutschen Truppen haben sich bei dieser Reihe von englischen Angriffen mit hervorragender Tapferkeit geschlagen und dem Feinde außerordentlich schwere Verluste beigebracht.

*

Ueber Wilsons Pläne will der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post" wissen, daß er auch fernerhin für die Herbeiführung des Friedens arbeiten will. Wenn Deutschland sich eines tatsächlichen feindlichen Aktes enthält, wird der Präsident einen neuen Schritt zur Herbeiführung des Friedens unternehmen. Dessen ungeachtet werden aber die Mittel zu militärischen Rüstungen mit lebhaftem Eifer betrieben.

Die „Berner Nachrichten" melden aus Neuyork: Der von englischer Seite bedienten „Neuen Korrespondenz" zufolge fand in Washington eine wichtige Konferenz der Diplomaten Amerikas statt. Den Vorsitz führte der amerikanische Botschafter Naon in Gegenwart von Lansing. Naon schlug vor, an einer Konferenz der Neutralen in Madrid sich zu beteiligen, um einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu vermeiden.

*

Wie zuverlässige Nachrichten aus Argentinien besagen, tritt die offiziöse Zeitung „Epoca" für die Ablehnung der Wilsonschen Vorschläge und strikte Neutralität ein. Auch „Prensa" verhält sich scharf ablehnend und bringt die Aufsehen erregende Mitteilung, daß Wilson vor Jahresfrist versuchte, die südamerikanischen Republiken durch Abmachungen in den Krieg zu verwickeln. (Wir möchten hinter diese Meldung, solange sie nicht anderweitig bestätigt wird, ein großes Fragezeichen machen. Red.) „Razon", die sich gleichfalls entschieden für die Ablehnung ausspricht, sagt, daß Wilson in der Frage der Schwarzen Listen seine Unterstützung verweigerte. Jetzt wünsche Argentinien ihm nicht Folge zu leisten. Die Stimmung in Argentinien ist ruhig.

Chile und Brasilien wollen sich nach heute vorliegenden Meldungen auf einen Protest an Deutschland beschränken.

*

In Spanien arbeiten die Agenten der Ententestaaten mit Hochdruck, um das Land in einen Krieg zu verwickeln. Wir hoffen aber, daß die Bevölkerung — deren sich allerdings aus Anlaß der durch die Seesperre eingetretenen Arbeitslosigkeit eine große Erregung bemächtigt zu haben scheint — vernünftig sein und nicht auf den Leim kriechen wird.

*

Nach zuverlässigen Mitteilungen war im Gegensatz zu der „Havas"-Meldung die Mehrheit Briands bei der letzten Abstimmung in der Kammer über die Kredite der Unterstaatssekretariate im Zusammenhang mit der Vertrauensfrage nicht 389 Stimmen, sondern 290. „L'Heure" und „Homme Enchaine" machen darauf aufmerksam, daß Briand nicht mehr berechtigt sei, im Namen des Landes zu sprechen.

*

Aus Petersburg kommt die Nachricht, daß der frühere Dumaabgeordnete Predkaln verhaftet und in das Petersburger Gefängnis eingeliefert worden ist. Zu gleicher Zeit ist Dr. Winokurow verhaftet worden, der an einer Arbeiterzeitung mitarbeitete. Eine Nummer der Arbeiterzeitung ist unterdrückt. Die Petersburger Verwaltungsmaßregeln ergreifen Repressivmaßregeln gegen die Vereinigung der Metallarbeiter und Drucker. Es scheint, als ob die Vereinigung von der Regierung unterdrückt wird.

Also die Organisation, deren Mitglieder für die Herstellung von Kriegsmaterial in erster Linie in Betracht kommen. Aus den Maßregeln dürfte zu schließen sein, daß der Widerstand der Petersburger Arbeiterschaft gegen Krieg und Kriegsmaßnahmen, der sich in wichtigen Beschlüssen der sozialdemokratischen Organisation gezeigt hat, neuerdings keineswegs geringer geworden ist.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Berlin, 12. Februar, abends. (Amtlich.)

Auf den Norduser der Somme hielt auch nach dem Scheitern der englischen Angriffe das Feuer in beträchtlicher Stärke an. Von den anderen Fronten ist nichts Wesentliches gemeldet.

*

WTB. Wien, 12. Februar. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Im Putna-Tal scheiterte ein russischer Handgranatenangriff. Bei Unternehmungen von Patrouillen und Sturmabteilungen die südlich Halicz und nordwestlich Woronczyn zur Durchführung kamen, wurden zwei Offiziere und 40 Mann als Gefangene eingebracht und ein Maschinengewehr erbeutet.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Südabschnitt der Karst-Hochfläche und im Wippach-Tale war der Geschützkampf zeitweise recht lebhaft.

Ein feindlicher Flieger warf in der Nähe von Triest einige Bomben ab, ohne Schaden anzurichten.

An der Tiroler Front führten unsere Truppen zwei Unternehmungen erfolgreich durch. Im Sugana-Tal nahm eine Abteilung des Infanterie-Regiments Nr. 14 eine feindliche Stellung südlich der Coalba-Schlucht, machte zwei Offiziere und über 60 Mann zu Gefangenen und erbeutete ein Maschinengewehr, zwei Pistolenmaschinengewehre, einen Minenwerfer. Im Vallarsa-Abschnitt

überfielen Kaiserschützen nachts die italienische Vorstellung in der Lena-Schlucht und brachten 22 Gefangene und ein Maschinengewehr ein.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Vojusa ist die Lage unverändert.

Der Seekrieg.

Ablauf der Schonungsfrist.

WTB. Berlin, 12. Februar. In der Nacht zum 13. Februar ist die bisher nicht bekanntgegebene Schonungsfrist im Sperrgebiet des Atlantischen Ozeans und des Englischen Kanals für neutrale Dampfer, denen die Nachricht von der Sperrgebiets-Erklärung nicht mehr rechtzeitig zugegangen war, abgelaufen.

In der Nordsee ist dies bereits in der Nacht zum 7. Februar der Fall gewesen, im Mittelmeer in der Nacht zum 11 Februar. Nunmehr gilt nur die allgemein für die Sperrgebiete erlassene Warnung, wonach die Schiffahrt auf keine Einzelwarnung mehr rechnen kann. Die Schiffe die dennoch die Sperrgebiete befahren, tun dies mit voller Kenntnis der ihnen und den Besatzungen drohenden Gefahr.

Es wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß alle von feindlicher Seite verbreiteten Nachrichten über das Torpedieren neutraler Schiffe ohne vorheriges Anhalten vor den obigen, für die einzelnen Sperrgebiete genannten Daten falsch sind. Die angegebenen Schonzeiten galten sogar auch für feindliche Passagierdampfer, soweit sie unbewaffnet waren, weil auf ihnen neutrale Passagiere ohne Kenntnis der Seesperre sein könnten.

Der verschärfte Tauchbootkrieg.

Soweit wir feststellen konnten, werden heute 20 Schiffe als versenkt gemeldet.

Unter den am 11. Februar als versenkt gemeldeten 10 Dampfern befanden sich außer einem englischen Getreidedampfer von etwa 7300 Tonnen drei bewaffnete große Frachtdampfer von 3500 Tonnen.

Der „Temps" bringt die Lloydliste der versenkten Schiffe vom 11. Februar, die vier englische Dampfer, darunter den bereits gemeldeten Postdampfer „Mantola" (8250 Tonnen), zwei norwegische Schiffe und drei holländische Segler, insgesamt etwa 25000 Tonnen aufweist.

„Daily Telegraph" meldet einen Gesamtverlust an Schiffsraum am 7. Februar von 28941 Tonnen.

Wirkungen der Sperre.

Die holländischen Schiffahrtsgesellschaften Neederland, Rotterdamscher Lloyd und Niederländische Dampfschiffahrtsgesellschaft sehen sich gezwungen, einstweilen jeglichen Post- und Frachtverkehr mit Niederländisch-Indien einzustellen.

Als Beispiel, wie lähmend der U-Boot-Krieg auf die neutrale Schiffahrt wirkt, erwähnt die „Rotterdamsche Courant": Von 14 Dampfern der Rotterdamer Rederei „Nieuwe Nuoren" mit 43900 Tonnen liegen jetzt 12 Dampfer mit 37800 Tonnen still.

Reuter berichtet aus Neuyork: Die American Line meldet, daß ihre Schiffe den Atlantischen Ozean nicht durchqueren werden, wenn die Regierung ihnen nicht Schutz durch Geschütze und Artilleriemannschaften gewährt.

Laut „Matin" sind seit der Verkündung des verschärften U-Boot-Krieges die Gebühren für Schiffsfrachten in Certe um 200 Prozent, die Versicherungsprämie von 4 auf 7 Prozent gestiegen. Alle spanischen Schiffe wurden sofort abberufen.

Wie der „Temps" meldet, wurde die spanische Botschaft in London telegraphisch angewiesen, zu verhindern, daß spanische Schiffe die Nordsee antreten, bevor sie die Versicherung erhielten, daß die Reise ohne Gefahr ausgeführt werden kann.

Dem „Berliner Tageblatt" zufolge mußten die großen französischen Glasfabriken in Albilschleßen, da die Rohstoffzufuhren wegen des Wagenmangels ausgehört haben.

Der „Temps" meldet: Auf der Pariser Ringbahn mußte der Zugverkehr weiter eingeschränkt werden. Auf der Ostbahn verkehrt auf den Nebenlinien in jeder Richtung nur noch ein Zug, auf den größeren Linien zwei Züge täglich. Auch die Personen- und Frachtverkehr wurde eingeschränkt.

119 Schiffe der Zentralmächte in amerikanischen Häfen.

Nach Lloyds-Meldungen liegen gegenwärtig 119 Schiffe der Zentralmächte mit 719333 Tonnen in amerikanischen Häfen, davon 68 Schiffe mit 539538 Tonnen in Atlantischen Häfen, 5 Schiffe mit 15569 Tonnen im Panamakanal und 47 Schiffe mit 164520 Tonnen in den Häfen des Stillen Ozeans.

Gesamtverlust der feindlichen Kriegsflotte.

Die gesamten Verluste der feindlichen Kriegsflotte betragen bisher über 822000 Tonnen. Das sind 100000 Tonnen mehr, als die französische Kriegsflotte bei Kriegsbeginn besaß und somit sie an die dritte Stelle der großen Kriegsflotten verwiesen wird.

Der Balkankrieg.

Kämpfe in Mazedonien.

Bulgarischer Generalstabsbericht vom 11. Februar. Mazedonische Front: Während des ganzen Tages unterhielt der Feind ziemlich heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, das gegen Abend in ein Trommelfeuer auf unsere Stellung östlich des Doiran-Sees überging. Gegen 10 Uhr abends ging nach starkem Trommelfeuer Engländer gegen unsere Stellung vor, wurde aber von unseren Truppen mit Bajonett und Bomben kräftig angegriffen und blutig zurückgeworfen, wobei es schwere Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen erlitt. Viele tote Feinde liegen in und vor unseren Drahthindernissen. Wir erbeuten ein Maschinengewehr, Munitionskisten und anderes Kriegsgerät. Unter den Gefangenen befindet sich ein englischer Offizier. In der übrigen Front gleichfalls lebhafte Artillerietätigkeit von beiden Seiten und Patrouillenkämpfe zwischen Vorposten. Lebhafte Flugtätigkeit im Vardar- und Struma-Tal sowie der Westlichen Front gegen Bahn und Stadt. — Rumänische Front: Durch Gefangenen gemachte Aussagen feindlicher Infanterie, die an dem linken Ufer des St. Georg-Arms nördlich von Tulcea stehen sollen.

Ein Schützengraben in Rußland.

Unser Bild zeigt uns einen über zwei Meter tiefen Schützengraben am Westufer des Aa-Flusses, in welchem deutsche Truppen hausen. Dieser Schützengraben ist selbstverständlich vor Ausbruch der Frostperiode entstanden, also zu einer Zeit, wo das dortige weiche Erdreich die Ausführung einer solchen Tiefe ermöglichte.

Ein mehrere Meter tiefer deutscher Schützengraben am Westufer des Aa-Flusses.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Arbeiterfrage nach dem Kriege.

In der „Voss. Zeitung" schneidet der Hauptmann a. D. Erich von Salzmann eine Frage von hoher Wichtigkeit an. Er führt aus, daß das alte Europa am Kriegsende um vielleicht 15 Millionen arbeitsfähiger Männer ärmer sein werde. Rußland, Polen, Galizien, der Balkan und Italien werden nach dem Kriege nicht mehr das Menschenreservoir sein, das seine Fülle an arbeitswilligen Männern und Frauen alljährlich für die landwirtschaftliche und industrielle Arbeit über das übrige hochkultivierte Europa ausschütten kann. Es gibt nur ein Menschenreservoir auf Erden, das den Ausfall an Arbeitskräften decken kann: das ist die große nordchinesische Ebene mit ihren Anhängseln, der Provinz Schantung, der Mandschurei und Korea. Dort leben rund 200 Millionen Menschen, und diese Gegenden sind deshalb imstande so viele Millionen an arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen abzugeben, wie sie irgend ein Land der Erde zu irgendwelcher Arbeit gebraucht. Dabei ist der chinesische Arbeiter billig und bereit, Arbeit in irgend einer Form aufzunehmen.

Die Frage der Einfuhr chinesischer Kulis nach dem Osten Deutschlands ist schon vor Jahren Gegenstand eingehender Erörterung gewesen; die damals gemachten Vorschläge sind jedoch allgemein auf Ablehnung gestoßen. Herr v. Salzmann singt nun ein Loblied auf die Eigenschaften der chinesischen Kulis, die nach seiner Behauptung außerordentlich geduldig und arbeitswillig sind, sobald ihren Eigenarten Rechnung getragen wird. Der Gefahr der Rassenverschlechterung glaubt er durch entsprechende Absonderung der Kulis begegnen zu können. Den chinesischen Kuli hält er allgemein als ruhiger und nüchterner und sauberer als den Polen, den Galizier oder den Italiener. Nur dürfte von den Kulis die Erfüllung des Arbeitsvertrages nicht in schroffer Weise gefordert werden.

Die deutsche Arbeiterschaft wird sicher die Einführung von Kulis ablehnen und entschieden bekämpfen müssen. Bei der unglaublichen Bedürfnislosigkeit der chinesischen Kulis, ihrem außerordentlich tiefen Kulturzustand besteht unbedingt die Gefahr, daß sie als Lohndrücker Verwendung finden würden. Es ist ja auch bezeichnend, daß vor dem Kriege gerade solche Bundesstaaten, die der von ihnen gezahlten schlechten Löhne halber sich eine gewisse Berühmtheit erworben haben, besonders lebhaft für die Einführung der Kulis eingetreten sind. Daß die Arbeiterfrage nach dem Kriege eine überaus schwierige sein wird, ist natürlich nicht zu leugnen. Aber das Mittel, das Hauptmann v. Salzmann vorschlägt, dürfte jedenfalls nicht das geeignete sein, um die entstehenden Schwierigkeiten zu lösen, wenn gleichzeitig die Interessen der Arbeiterklasse gewahrt werden sollen.

Opferwillige Agrarier.

Das amtliche „Wehlauer Kreisblatt" vom 7. Februar hält sich veranlaßt, an der Spitze mit großen Lettern nachstehende Mahnung an die Besitzenden des Kreises zu richten:

„Kriegsgewinne sind auf Kosten der Allgemeinheit entstanden und müssen ihr nach Möglichkeit wieder zugute kommen. Wer Kriegsgewinne gemacht hat, soll sie gewissenhaft angeben, damit er seinen gesetzmäßigen Anteil der Allgemeinheit wieder zahlen. Scheltet nicht über hohe Steuern und denkt daran, daß der Feind im Lande euch viel höhere Abgaben auferlegen würde. Deshalb verpflichtet doppelt in dieser Zeit, da alles dem Ganzen dienen muß."

Mit der Opferwilligkeit der Besitzenden auf dem Lande muß es sehr traurig bestellt sein, wenn sie in dieser Zeit auf diese Weise an ihre gesetzliche Steuerpflicht gemahnt werden müssen.

Im Kreise Gumbinnen wird eine zweite „Hindenburgspende" eingeleitet. In großen Aufrufen werden die Landwirte zur Lieferung von Lebensmitteln aufgefordert. Es wird mitgeteilt, daß folgende Preise bezahlt werden: Speck, Schinken, Wurst 2,40 Mk., Schweineschmalz 3 Mk., gemischtes Schmalz 1 Mk., Rinder- und Hammelfleisch 2 Mk. Die „Spende" wird als schönes „Geburtstagsgeschenk des Kaisers" bezeichnet, und der Aufruf schließt mit den Worten: „Wohlan denn, auf zur opferreichen Tat!"

Diese opferreiche Tat besteht darin, daß die Landwirte Lebensmittel zu Preisen liefern, die doppelt, dreifach, ja vierfach höher als vor dem Kriege sind.

Das Getreidemonopol.

Der Verein der Getreidehändler an der Hamburger Börse befaßte sich in seinem Jahresbericht sehr eingehend mit der Frage des Getreidemonopols und kommt zu dem Schluß, daß das Monopol zu verwerfen sei. Eine andere Stellungnahme war von den Interessenten natürlich gar nicht zu erwarten. Die ablehnende Haltung wird besonders damit begründet, daß beim Bestehen eines Monopols die Landwirte mehr auf Quantität als auf Qualität des Getreides sehen würden. Auch die Einfuhr soll erheblich erschwert werden, weil es der ausländische Handel leicht habe zum Zwecke der Preistreiberei sich zusammenzuschließen, sobald nur das Reich als Käufer auftrete. Noch größer sollen nach Ansicht der Getreidehändler die Schwierigkeiten sein, die bei der Einfuhr von Futtermitteln zu überwinden wären. Schließlich wird dann noch die schwere Schädigung des Handelsstandes hervorgehoben, der zu einem Beamtenheer herabgedrückt würde.

Reichlichere Preise für die Landwirte.

In der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen legte der Präsident den Landwirten nahe, daß sie sich darüber klar sein müßten, daß Deutschland den Krieg nicht gewinnen könne, wenn die Lebensmittelnot in den Städten sich zur Ungeheuerlichkeit steigere. Die Landwirtschaft müsse aber auch verlangen, daß in den Städten sich die Ueberzeugung verbreite, daß der Krieg ebenso wenig gewonnen werden könne, wenn die Eingriffe in die Produktion sich ins Unerträgliche steigern. Der Fehler zu reichlicher Preisbemessung sei kleiner als der Fehler zu niedriger Preise.

Wer aber die enorm hohen Preise bezahlen kann — darnach wird nicht gefragt.

Krieg und Schulgesundheitspflege.

Beachtenswerte Ausführungen macht der Erfurter Schularzt Dr. med. Axmann über den Einfluß des Krieges auf die Gesundheitspflege der Kinder in einer von ihm veröffentlichten schulärztlichen Statistik. Er muß feststellen, daß von den bei der Untersuchung für krank befundenen Kindern die Zahl der gebesserten resp. geheilten von im Durchschnitt etwa 45 Prozent seit 1900 im Jahre 1916 auf 25,9 Prozent gefallen ist. „Es wird die verderbliche Einwirkung des Krieges" — so führt der Schularzt hierzu aus, — „bis in unsere innersten Gebiete der Gesundheitspflege offenbar .... Wohl wurden nach wie vor auch 1915/16 Scheine für freie ärztliche Hilfe ausgestellt, aber die Fortsetzung der Kur erlahmte unter den vielen wirtschaftlichen Zeitversäumnissen der Mütter. Das Einholen der Lebensbedürfnisse hielt sie neben der vermehrten Frauenarbeit beinahe dauernd unterwegs; sie konnten die ärztliche Fürsorge durch pünktliche Ueberwachung der Kinder nicht wirksam gestalten. Manchmal kam auch die leider gedeihende Verwahrlosung der Jugend in Frage, indem ältere Kinder, statt die vorgeschriebene ärztliche Sprechstunde wiederholt aufzusuchen, sich herumtrieben ..." An anderer Stelle sagt Herr Dr. Axmann dann noch: „Wir stehen mitten im Kriege, sein verderblicher Einfluß auf die Einrichtungen des Friedens muß sich weiter äußern. Nicht zum mindesten leidet die Hygiene unserer Schulen auch direkt, z. B. unter der Notwendigkeit daselbst vorhandener Reservelazarette. Der Unterricht drängt sich zusammen und muß auf ungünstige Tageszeiten verlegt werden; es fehlt an Kräften zur Ueberwachung, sowie Reinigung der Gebäude, weiterer Störungen nicht zu gedenken. Trotzdem stehen wir nicht schlecht. Das im Frieden Geschaffene hält in schlimmen Zeiten vor; es muß gehen. Unsere Kinder haben bisher kaum gelitten, und wir werden dafür sorgen, daß es weiter gut geht."

Die letzteren Sätze stehen eigentlich in einigem Widerspruch zu den oben gemachten Feststellungen über die schweren nachteiligen Einwirkungen des Krieges auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Familien und den „innersten Gebieten der Gesundheitspflege". Indessen mag diese wohlmeinende Beschwichtigung der politischen Stellung des Herrn Dr. Axmann zugute gehalten werden; sie vermögen die bedauerlichen Feststellungen des Schularztes, als der er hierfür in Betracht kommt, nicht wegzuwischen.

Aus der Partei.

Der neue Friedensantrag der italienischen sozialistischen Kammerfraktion. Der neue Friedensantrag der italienischen Sozialisten, der Anfang März in der Kammer zur Sprache kommen soll, und um dessentwillen die interventionistische (kriegsfreundliche) Meute wieder eine Hetze gegen die Sozialisten losläßt, lautet: „Die Kammer konstatiert, daß die Botschaft des Präsidenten Wilson an den Senat, die seine voraufgegangene Note begründet, in welcher er die kriegführenden Staaten aufforderte, nach Feststellung der beiderseitigen hauptsächlichen Kriegsziele die Vorbedingung eines vernünftigen und für beide vorteilhaften Friedens zu besprechen, in endgültiger Weise die wesentlichen Grundlagen präzisiert, indem sie unmißverständlich erklärt, daß das gleiche Recht der Selbstbestimmung der großen und der kleinen Völker, die Unabhängigkeit aller Nationen ebenso wie die eifrige und ausgedehnte Zusammenarbeit an den Werken der Zivilisation, die gemeinsame Freiheit der Meere und die Neutralisierung des Ausgangspunktes der Streitigkeiten der Stämme außerhalb der Diskussion stehen und indem sie als Sicherheit gegen zukünftige Angriffe die Beschränkung der Rüstungen, auf die einfachen Bedürfnisse einer innern und internationalen Polizei vorschlägt, ebenso die Organisation einer höheren Gewalt, die mit Billigkeit die internationalen Streitigkeiten entscheidet, und ferner einen Staatenbund, der deren Urteilssprüche durchsetzt. Sie anerkennt, daß solche Grundsätze von keinem, auf die Fundamente einer gesunden modernen Demokratie gegründeten Staate mißachtet werden können und daß ihre Anwendung zugleich mit der Beendigung des gegenwärtigen Krieges die Behebung der Ursachen künftiger Kriege bedeuten würde, die Wiedereinsetzung der Herrschaft der Menschlichkeit und Vernunft in den internationalen Beziehungen die Sicherung der Wohlfahrt aller Nationen und die Rettung Europas. Sie betrachtet die machtvolle und edle Initiative des Vertreters der großen amerikanischen Republik — die gegenüber der räuberischen Vergewaltigung, die in verschiedenen Imperialismen sich erhebt und gegenüber der greisenhaften Ueberlebtheit feudaler und militärischer Ueberbleibsel, die zurzeit das Leben der alten Reiche verdunkeln, die Interessen und die eigenen Gedanken einer Bürgerschaft darstellt, die den Gipfelpunkt ihrer Klassenentwicklung erreicht hat — als entsprechend der dringenden Mahnung, die, täglich offensichtlicher, auch von der Unmöglichkeit gepredigt wird, mit Waffengewalt die Zwistigkeiten beizulegen, die zum Kriege führten. Im Vertrauen endlich, daß keiner der verbündeten Staaten der Entente die fürchterliche Verantwortung wird auf sich laden wollen, den Erfolg des amerikanischen Vorschlages zu verhindern, der von der vereinten Hoffnung und der Stimme der Völker begrüßt wird, die in der Weiterführung des Krieges die Verlängerung und Zerstörung der eigenen Wohlfahrt und der

eigenen Zivilisation ersehen, erkennt sie im Schritt des Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Akt weiser Interpretation der ersten Gesetze des historischen Determinismus in bezug auf die dringenden Forderungen der Stunde wie auch in bezug auf die notwendigen Grundlagen einer ruhigen Entwicklung des sozialen Zusammenlebens innerhalb der gegenwärtigen historischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt. Sie fordert daher die nationale Regierung auf, ihrerseits die Vorschläge anzunehmen und energisch bei den verbündeten Regierungen vorzugehen, damit — soweit es an ihnen liegt — die Vorschläge binnen kurzem in das Gebiet der unerschütterlichen Tatsachen überführt werden können." — Unterschrieben ist der Antrag von Mazzoni, Merloni, Modigliani, Musati, Prampolini, Freves und Turati.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 13. Februar.

Die Bürgerschaft beschäftigte sich gestern mit den für alle Bevölkerungskreise, besonders aber für die minderbemittelten Volksschichten, außerordentlich wichtigen Ernährungsfragen. In den „Lübeckischen Blättern", dem Wochenblatt der einflußreichsten Kreise unserer Stadt, war von anonymer Seite gegen diese Aussprache Stellung genommen worden mit der Begründung, daß eine Reihe von Reden nur zum Fenster hinaus gehalten würden und für den Beifall der Menge berechnet seien. Aufgabe der Bürgerschaft sei eigentlich nur die Beschlußfassung über Regierungsmaßnahmen. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß es hier in Lübeck noch immer Leute gibt, die in unserm Vierklassenparlament eigentlich nichts weiter als eine Bewilligungsmaschine erblicken, so hat der Artikel der „Lübeckischen Blätter" ihn geliefert. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist jedoch nicht der Meinung, daß sie stumm alles über sich ergehen lassen müsse, daß ihre Wünsche und ihre Beschwerden nicht zum Ausdruck gebracht werden dürften. Gerade durch eine Aussprache kann eine Besserung herbeigeführt werden. Ganz verfehlt sind jedoch solche Auslassungen, wie sie dieser Tage auch in der hiesigen bürgerlichen Presse standen, in denen so getan wird, als ob die Angst vor dem Hunger in Deutschland zu einer Kriegskrankheit geworden sei. Wer weiß, welche Entbehrungen unser Volk geduldig trägt, der sollte wirklich alles vermeiden, was geeignet ist, Bitterkeit oder Erbitterung zu erregen.

Daß die Ernährungsdebatte in der Bürgerschaft beim Publikum starkes Interesse findet, zeigte schon der außerordentlich starke Besuch der Tribünen, auf der sonst meistens nur vereinzelte Leute zu sehen sind. Der Wortführer Dr. Görtz hielt es für angebracht, den Rednern gleich vorweg gute Lehren und Ermahnungen mit auf den Weg zu geben, die sicherlich gut gemeint, aber doch nach der Ansicht vieler Bürgerschaftsmitglieder recht überflüssig waren, wie ja auch der Verlauf der Debatte zeigte. Eingeleitet wurde die Aussprache durch Herrn Albers, der die Milchversorgung durch die Hansameierei kritisierte, den Gemüsemangel auf das Bestreben der Gärtner nach immer höheren Preisen zurückführte, und auf eine in sehr engen Beziehungen zur Hansameierei stehende Schweinemästerei hinwies, die von manchen mit dem Mangel an Mager- und Buttermilch in Verbindung gebracht werde. Herr Glasau wandte sich der unzureichenden Fischversorgung zu und hielt Höchstpreise, die nur für einen kleinen Kreis gelten, für unzweckmäßig. Dann nahm Genosse Stelling das Wort, um in großzügiger Weise die hauptsächlichsten Mängel der gegenwärtigen Volksernährung zu behandeln. Er trat für möglichste Gleichheit in der Ernährung aller Bevölkerungsschichten ein, denn gerade die Tatsache, daß wohlhabende Leute sich noch manche Lebensmittel kaufen können, die für die Minderbemittelten unerschwinglich sind, erschwere das Durchhalten. Die Rationierung weiterer Lebensmittel sei dringend notwendig. Das Landgebiet spüre die Ernährungsschwierigkeiten lange nicht so wie die großen Städte. Das System der Aareizpreise sei ganz verfehlt. Man sollte für Wirtschaften und Hotels eine Einheitskost vorschreiben, die ungefähr dem Essen der Kriegsküchen entspreche. Auch eine Beschlagnahme aller Lebensmittelvorräte in privaten Haushaltungen, die über eine dreimonatliche Versorgung hinausreichen, sollte vorgenommen werden. Erwünscht sei eine weitere Freigabe von Konserven. Scharf bekämpft wurden die Bestrebungen der hiesigen Milchinteressenten auf eine weitere Verteuerung der Milch. Redner wandte sich zum Schluß gegen die Bestrafung zahlreicher Personen, die auf noch nicht gültige Brotkartenabschnitte Brot gekauft hatten. Die Bürgerschaft und die Tribünenbesucher folgten diesen Ausführungen mit großem Interesse.

Die Herren Thiele, Dr. Hartwig und A. Pape schlossen sich dieser Kritik in wirkungsvoller Weise an. Letzterer wandte sich auch mit scharfen Worten gegen das Amtsblatt, das in der gegenwärtigen Zeit Uneinigkeit in die Bevölkerung hineintrage. Von Herrn Bade-Schlutup wurde eine Uebersicht über die Regelung der Fischversorgung gegeben, während Herr Henk die Bestrebungen der Agrarier nach höheren Milch- und Kartoffelpreisen warm unterstützte. Die Senatoren Strack und Dr. Lienau vertraten den Standpunkt der lübschen Regierung und der von dieser eingesetzten Ernährungskommissionen. In die weitere Diskussion griffen noch Albers und Stelling ein, die sich vor allem gegen Henk wandten. Herr Bankdirektor Rehder pries die Vorzüge der von Leitern der Hansameierei geförderten Schweinemästerei.

Einen ausführlichen Bericht über die Bürgerschaftsverhandlungen finden unsere Leser an anderer Stelle. Die auf der Tagesordnung stehenden Senatsanträge wurden von der Bürgerschaft ohne wesentliche Erörterung angenommen. Beim letzten Punkt regte Genosse Henze an, auch an die Angestellten im Handelsgewerbe Straßenbahnwochenkarten abzugeben. Um 9¾ Uhr fand die Sitzung ihr Ende.

Kälte und Mietrecht. Ein Jurist schreibt: Die ungewöhnliche Kälte hat die unangenehme Folge mit sich gebracht, daß in zahlreichen Wohnungen die Heizungsanlage versagt sowie Wasser- und Klosettleitungen eingefrieren. Im Publikum herrscht nun vielfach Unklarheit darüber, was solchenfalls Rechtens ist. Maßgebend sind die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und zwar die §§ 537 und 538. Tritt einer der bezeichneten Mängel ohne Verschulden des Mieters, wie beispielsweise Offenlassen der Fenster und dergleichen, ein, so ist bis zu einer Behebung die vermietete Sache zweifellos mit einem Fehler behaftet, der ihre Tauglichkeit zu dem vertragsmäßigen Gebrauche aufhebt oder doch mindert. Der Mieter ist daher für die Zeit, während deren die Tauglichkeit aufgehoben ist, von der Entrichtung des Mietzinses befreit, für die Zeit, da die Tauglichkeit gemindert ist, zu entsprechendem Abzug am Mietzins berechtigt.

Zeigt sich einer der bezeichneten Mängel, so hat der Mieter dies dem Vermieter anzuzeigen und ihm eine angemessene Frist zur Beseitigung des Mangels zu setzen. Kommt der Vermieter mit der Beseitigung des Mangels in Verzug, so kann der Mieter auch statt Mietzinsbefreiung oder -Minderung Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen, er kann überdies den Mangel selbst beseitigen und Ersatz seiner Aufwendungen vom Vermieter verlangen, sofern der Mietvertrag es nicht ausdrücklich ausschließt. Die Forderung muß in diesem Fall gesondert, eventuell im Klageweg, geltend gemacht werden.

Schließlich erhebt sich die Frage, ob der Mieter unter den gedachten Umständen nicht sogar zur sofortigen, außerordentlichen Kündigung berechtigt ist, und diese Frage ist im allgemeinen zu verneinen. Wohl aber lassen sich Fälle denken, in denen die Versagung der Heizung oder das Eingefrieren der Leitungen eine so erhebliche Hinderung und Vorenthaltung des Gebrauches der gemieteten Sache bedeuten, daß dem Mieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann, er also zur außerordentlichen Kündigung berechtigt ist.

Der Arbeiterbildungsverein veranstaltet am Sonntag, dem 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Stadttheater eine Aufführung von Sudermanns wirkungsvollem Schauspiel „Stein unter Steinen". In dieser Vorstellung wird auch Herr Direktor Fuchs mitwirken, der den unverbesserlichen Spitzbuben Struve zu seinen köstlichsten Rollen zählt. Karten sind schon jetzt an den im Inseratenteil bekannt gegebenen Stellen zu haben.

Freiwillige Krankenversicherung. Gemäß § 313 der Reichsversicherungsordnung haben aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidende Mitglieder das Recht, freiwillig zahlende Mitglieder ihrer Krankenkasse bleiben zu können, wenn sie vor ihrem Ausscheiden aus ihrer Beschäftigung in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen gegen Krankheit versichert waren. Wer Mitglied bleiben will, muß es der Kasse, bei der er zuletzt versichert war, binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden anzeigen. Dieses Recht der freiwilligen Weiterversicherung ist durch Bundesratsverordnung vom 4. August 1914 auch den Kassenmitgliedern verliehen worden, die zum Heeresdienst einberufen worden sind. Sehr viele Mitglieder machen auch davon Gebrauch. Leider ist nur ein Uebelstand eingerissen, dessen Beseitigung im Interesse der freiwillig zahlenden Mitglieder und der Krankenkassen liegt. Viele dieser Mitglieder unterlassen es nämlich, ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen, und sich bei ihrer Krankenkasse mit dem Tage sofort abzumelden, an welchem sie wieder in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintreten, wonach sie zwangsversicherungspflichtige Mitglieder werden. Wie oft wird die Entschuldigung vorgebracht: „Ich bin doch von meinem Arbeitgeber wieder angemeldet, dort zahle ich doch Beiträge!" Das ändert nichts an der Sache und befreit nicht von der Fortzahlung der freiwilligen Beiträge bis zur Abmeldung. Insbesonder lassen sich sehr viele aus dem Heeresdienste entlassene freiwillige Kassenmitglieder diesen Verstoß zuschulden kommen.

Wer deshalb als freiwillig zahlendes Kassenmitglied sich vor unnützer Geldausgabe und die Krankenkasse vor überflüssiger Arbeit bewahren will, melde sich sofort bei seiner zuständigen Krankenkasse ab, sobald er wieder in versicherungspflichtige Arbeit tritt, vermöge dessen er Zwangsmitglied werden muß.

Erhöhung der Kartoffelration im März? Wie bürgerliche Blätter melden, berichtete die Leitung der freien Gewerkschaften in einer Versammlung über die Verhandlungen, die am 7. Februar namens der Berliner Arbeiterschaft mit dem Reichskanzler gepflogen wurden. Die Gewerkschaften waren wegen der Lebensmittelschwierigkeiten beim Reichskanzler vorstellig geworden. An der Konferenz nahmen auch der preußische Minister des Innern v. Loebell, Präsident v. Batocki, Staatssekretär Dr. Helfferich und die Oberbürgermeister von Großberlin teil. Die Vertreter der Arbeiterschaft bemängelten besonders die Schwierigkeiten der Kartoffelbeschaffung und äußerten verschiedene Wünsche über Zusatzkarten. Der Reichskanzler dankte den Vertretern der Gewerkschaften für ihre Mitteilungen und glaubte, eine Besserung der Lage in nächster Zeit in Aussicht stellen zu können. Zunächst soll die Erhöhung der Fleischration um 100 Gramm einige Wochen andauern, dann hoffe man, im März wieder eine Kartoffelration von 7 Pfund gewähren zu können. Präsident v. Batocki bestätigte die Erhöhung der Kartoffelration im März. — Es ist wohl zu erwarten, daß diese notwendige Maßnahme auf das ganze Reich ausgedehnt wird und nicht auf Berlin beschränkt bleibt.

Erhöhung der Fleischmenge auf 350 Gramm. Wie dem „H. Frdbl." aus Berlin gemeldet wird, wurde in der letzten Sitzung des Beirates des Kriegsernährungs-Amtes mitgeteilt, daß in den Städten mit über 50 000 Einwohnern, und zwar zunächst in denjenigen, in denen Kartoffelmangel herrsche, eine Erhöhung der Fleischmenge auf 350 Gramm die Woche und auf den Kopf auf die Zeit von drei Wochen eintreten werde. Die Schwerarbeiter sollen durch Vermittlung der Werke, auf denen sie beschäftigt sind, noch weitere 100 Gramm, also 450 Gramm erhalten.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. Februar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Tagsüber schränkte starker Nebel die Gefechtstätigkeit fast auf der ganzen Front ein.

Im Sommegebiet lebte der Artilleriekampf abends auf und hielt nachts in wechselvoller Stärke besonders lebhaft zwischen St.-Pierre-Vaast-Wald und Peronne an.

Zwischen Ypern und Arras zahlreiche Vorstöße feindlicher Aufklärungsabteilungen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich des Driswjaty-Sees drangen einige Stoßtrupps in die russische Stellung ein und kehrten mit 90 Gefangenen und ein Maschinengewehr zurück.

Westlich von Luck blieben Erkundungsvorstöße und Minensprengungen der Russen ohne Erfolg. Bei Swizyn am oberen Sereth wurde der zweimal wiederholte Angriff mehrerer russischer Bataillone abgeschlagen.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Südlich der Valeputna-Straße nahmen unsere Truppen einen stark ausgebauten Stützpunkt im Sturm. An Gefangenen wurden 3 Offiziere und 168 Mann, an Beute 3 Maschinengewehre und viel Feldgerät eingebracht.

Zwischen Utoz- und Putna-Tal vielfach lebhafte Artillerie und Vorfeldgefechte.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls von Mackensen

Keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Im Cernabogen griffen nach wirkungsvoller Feuervorbereitung unsere Truppen eine feindliche Höhenstellung östlich von Paralovo an und stürmten sie und einige hinter der Front befindliche Lager. Bei geringen eigenen Verlusten wurden zwei Offiziere und 90 Italiener, 5 Maschinengewehre und 2 Minenwerfer erbeutet.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge, die bei ganz geringer einmaliger Einzahlung den Hinterbliebenen im Felde fallender oder an den Folgen der Kriegsteilnahme sterbender Kriegsteilnehmer am Schlusse des Krieges die Auszahlung einer größeren Summe garantiert, gewinnt bei den stetig sich steigernden Einziehungen und bei den bevorstehenden schweren und opferreichen Kämpfen zu Wasser und zu Lande immer mehr an Bedeutung. Die Einsetzung aller Kräfte an allen Fronten bringt jeden Kriegsteilnehmer in unmittelbare Lebensgefahr, und es gibt keine Familie, die kein Interesse an der Kriegsversicherungskasse hat. Trotz der erfreulichen Steigerung der Zahl der Versicherten bleiben noch viel zu viele aus dem Arbeiterstande unversichert. Bis zum 10. Februar waren für 54 755 Kriegsteilnehmer 82 920 Anteilscheine gelöst und dafür 414 600 Mk. eingezahlt worden, die nach Kriegsschluß unter den Angehörigen der Gefallenen restlos zur Verteilung gelangen. Bei den vielen Millionen der Eingezogenen werden sicher viele Familien am Schlusse des Krieges bedauern, von der Verteilung dieser Summe ausgeschlossen zu sein. Wer dazu nicht gehören will, versichere sich bei der Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge!

Handelsregister. Am 9. Februar 1917 ist in das Handelsregister bei der Firma Holstenhaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck eingetragen: Gegenstand des Unternehmens ist ferner der Betrieb eines Waren- und Kaufhauses und aller damit in Verbindung stehenden Geschäfte. Durch Beschluß der Gesellschafter vom 22. Januar 1917 sind §§ 3 und 7 des Gesellschaftsvertrages abgeändert und §§ 6, 8—12 aufgehoben. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so ist jeder von ihnen allein zur Vertretung der Gesellschaft befugt. Der Kaufmann Siegbert Heidenfeld in Lübeck ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt.

Das 20. volkstümliche Konzert ist dem Gedächtnis an Richard Wagner gewidmet, dessen Todestag auf den 13. Februar fällt. Die Vortragsfolge umfaßt infolgedessen ausschließlich Werke des großen Bayreuther Meisters. Eröffnet wird der Abend mit der Ouverture und dem Bacchanale aus „Tannhäuser", der sich die „Träume" in der Orchesterbearbeitung von Svendsen, der Einzug der Götter in Walhall in der Bearbeitung von Zumpe, und Wotans Abschied und Feuerzauber aus der „Walküre" anschließen. Die zweite Abteilung bietet Stücke aus „Lohengrin" und „Rienzi" und zum Schluß den Kaisermarsch.

pb. **Jugendlicher Langfinger.** Ermittelt wurde ein 12jähriger Schüler, der einer in der Attendornstraße wohnhaften Ehefrau ein Portemonnaie mit ca. 50 Mk. aus der Manteltasche stahl, als sich die Frau zwecks Einkaufes in einem Geschäft in der Breiten Straße befand.

pb. **Verhaftet** wurde ein jugendlicher Arbeiter, der sich auf dem Namen seines Arbeitgebers Wurst im Werte von 50 Mk. erschwindelte. — Festgenommen wurden ferner zwei in Rücknitz internierte Zivilgefangene, die auf der Rücknitzer Feldmark mit Erfolg Hasenschlingen gelegt und sich dadurch der Wilddieberei schuldig gemacht hatten.

Hamburg. Die Hamburger Parteigenossen gegen die Parteizersplitterer. In einer von etwa fünfhundert Delegierten besuchten mehrstündigen Versammlung nahm gestern die Hamburger Landesorganisation der Sozialdemokratie im Gewerkschaftshause Stellung zu den jüngsten Vorgängen in der Partei, zur Reichskonferenz der Parteiminderheit, den oppositionellen Sonderbestrebungen und dem Aufruf des Parteivorstandes, der am 30. Januar erlassen wurde und scharfe Maßnahmen zur Verhütung der Parteizerrüttung ankündigte. Nach einem Bericht des Herrn L. Gruenwaldt, M. d. B. über die Situation in der Partei nahm die Versammlung mit starker Mehrheit folgende Entschließung an: Die von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einberufene Reichskonferenz hat am 7. Januar dieses Jahres unter dem Vorwande, der Parteivorstand verletze planmäßig die Grundsätze der Partei und die Bestimmungen des Parteistatuts, beschlossen, die Genossen der Opposition innerhalb der Organisation zu organisieren. Durch diesen Beschluß haben sich die Anhänger der auf der Konferenz vertretenen Gruppen außerhalb der Partei gestellt. Da die Voraussetzung zur Führung des politischen Kampfes eine einheitliche, geschlossene Organisation bedingt, in der sich nach demokratischen Grundsätzen die Minorität der Majorität unterordnet, war der Parteivorstand, der die Einheit der Partei zu wahren hat, verpflichtet, die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen, um eine Zerrüttung der Partei zu verhindern. Die Landesversammlung erklärt sich deshalb mit dem Aufruf des Parteivorstandes vom 30. Januar dieses Jahres einverstanden und beauftragt die Vorstände unter Wahrung der freien Meinungsäußerung innerhalb der Organisation, die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen und durchzuführen. Die Landesorganisation erwartet von allen Parteigenossen die Beachtung und Innehaltung der organisationsmäßig gefaßten Beschlüsse, um so mehr, als nötiger denn je eine starke und einheitliche Sozialdemokratie ist, um mit möglichstem Nachdruck für einen baldigen Frieden und alsdann für die freiheitliche Auszestaltung des Reiches und Staates mit voller Kraft wirken zu können, damit wir der Verwirklichung unserer Ziele näher kommen.

Bergedorf. Eine Wahlrechtsverbesserung. In der Bürgervertretung beantragten unsere Genossen am Freitag eine Herabsetzung des Wahlzensus. Genosse Wiesner wies in der Begründung seines Antrages auf die wiederholten Wahlrechtsverschlechterungen hin, die stets erfolgten, wenn eine Anzahl Sozialdemokraten in die Bürgerschaft gewählt wurde. Bei dem jetzigen Zensus ist die Aussicht auf Erfolg für die Arbeiterschaft auf den Nullpunkt gesunken, worüber große Empörung herrsche. Gerade jetzt während des Krieges, wo im Schützengraben keine Unterschiede bestehen, sei die günstigste Zeit für eine Wahlreform. Ein Herr Bahr erklärte sich gegen den Antrag, da er nicht einsehen könne, daß diejenigen, die weniger zu den Gemeindelasten beitragen, dasselbe Wahlrecht wie die Höherbesteuerten haben sollen. Bürgermeister Dr. Wallt erklärte, daß Wiesner mit seinem Antrag nicht ganz unrecht habe. Die Erhöhung des Einkommensteuerzensus auf 1500 Mk. geschah, so sagte er, einzig und allein aus parteipolitischen Gründen, da man das Anschwellen der Zahl der sozialdemokratischen Stimmen als eine Gefahr ansah, da man die Sozialdemokratie als staatsfeindliche Partei betrachtete. Nachdem nun der Krieg gezeigt hat, daß die Sozialdemokraten an und hinter der Front ihre Schuldigkeit getan haben, wie alle andern auch, kann eine derartige eingestandenermaßen nur zur Zurückdrängung einer Partei vorgenommene Maßregel also nicht mehr aufrechterhalten werden. Meines Erachtens werden von dem Zensus schon jetzt und in Zukunft noch in steigendem Maße gar nicht mehr in erster Linie die Arbeiter, sondern die kleinen selbständigen Existenzen, die schwer um ihr Dasein zu ringen haben und häufig weniger als die Arbeiter verdienen, betroffen. Wallt möchte deshalb vorschlagen, daß wir uns auf die Hamburger Grenze von 1200 Mk. einigen. Daß diese gänzliche Entrechtung einer ganzen Klasse und vieler kleinen bürgerlichen Existenzen nach den Erfahrungen dieses Krieges als grobe Ungerechtigkeit erscheint, wird wohl niemand bezweifeln, und daß diese Bestimmung berechtigte tiefe Erbitterung hervorrufen muß, ist selbstverständlich. — Es wurde darauf ein Antrag des Prof. Dr. Ohly angenommen, den Zensus von 1500 auf 1200 Mk. herabzusetzen.

Neumünster. Schließung sämtlicher Vergnügungslokale. Der hiesige Magistrat verfügte die sofortige Schließung sämtlicher Theater, Lichtspielhäuser und Konzerträume. Die für den Verbrauch bei den geschlossenen Unternehmungen bestimmten Brennvorräte werden zugunsten des Gemeindeverbandes Neumünster beschlagnahmt.

Kiel. Ein feines Geschäft haben die hiesigen Reedereien gemacht. Nach der „Kieler Ztg." können einzelne Schiffe bis 150 Prozent als Ueberschüsse ausschütten. — Bei lebendigem Leibe verbrannt ist auf der Reichswerft der

Rieter B. Er hatte an einem Oeltank eine Arbeit zu verrichten als sich Oelreste im Tank entzündeten. Die Flammen ergriffen die Kleider des Arbeiters. Leider war B. vor dem Verbrennungstod nicht zu schützen. Eine Witwe und 5 Kinder beklagen den Tod ihres Ernährers. — Schließung aller Lichtspielhäuser wegen Kohlenmangels. Zur Ersparung von Kohlen hat der Gouverneur durch öffentliche Bekanntmachung jede Schaufensterbeleuchtung verboten und die Schließung aller Lichtspielhäuser angeordnet. Alle Säle, Museen und Ausstellungen dürfen nicht mehr geheizt werden. Die Verordnung soll nur solange aufrechterhalten werden, bis genügend Kohlenmengen vorhanden sind.

Elmshorn. Vollständig ausgeräumt wurde von einem Diebe die Rauchkammer des Landmanns H. Eggers Ahrenslohe. Die Tür war mittels Schlüssels geöffnet und auch wieder geschlossen worden. Nachdem erst kürzlich dem Landmann Fürchtenicht in Ahrenslohe ein Schwein abgestochen war, wurde nun auch bei dem Landmann J. Krohn, Ahrenslohe, ein Schwein geschlachtet und gestohlen.

Rostock. Schließung der Theater, Kinos usw. Dem Vorgehen Schwerins folgend ist auf ministerielle Anweisung auch hier zum Zweck der Ersparnis von Feuerungsmaterial die Schließung sämtlicher Theater, Lichtspieltheater, Konzert- und Versammlungssäle ab Montag verfügt worden. Das Universitätsgebäude wird nachmittags 5 Uhr geschlossen, der Unterrichtsbetrieb aber aufrecht erhalten.

Oldenburg. Aus der Partei. Der Bezirksvorstand für Oldenburg und Ostfriesland erläßt einen Aufruf an die Parteimitglieder des Bezirks, worin er sein rückhaltloses Einverständnis mit dem Beschluß des Parteiausschusses und dem Aufruf des Parteivorstandes erklärt und ausspricht, daß Organisationen und Einzelmitglieder, die sich auf den Boden der Reichs-Sonderkonferenz vom 7. Januar stellen, nicht in der Sozialdemokratischen Partei bleiben können. „Alle Versuche, die Partei zum Tummelplatz anarchistischer und anarcho-sozialistischer Agitation und Ideen zu machen, sind zurückzuweisen. Nichts liegt heute mehr denn je im Interesse der Arbeiterklasse, als der Partei die Treue zu bewahren und die Mehrheitsbeschlüsse der berufenen Organisationen zu achten. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei im Bezirk Oldenburg-Ostfriesland, auf die wir mit Recht bisher stolz sein konnten, darf nicht durch die Politik von Konventikeln und Sonderorganisationen zerstört werden. Versuchen, solche zu bilden, ist in jedem Falle und mit den zu Gebote stehenden organisatorischen Mitteln zu begegnen."

Bürgertafel.

Als lübeckische Staatsbürger sind angenommen und vereidigt: Schornsteinfegermeister Ahlgrimm. Photograph Andresen. Versicherungsbeamter Bahrdt. Oberlehrer an der Oberrealschule zum Dom Bergermann. Malergeselle Blös. Kontrolleur Boll. Lokomotivheizer Broder. Barbier und Friseur Broders. Arbeiter Buckow. Handlungsgehilfe Bülow. Oberpostschaffner Burmeister. Klempnermeister Dockhorn. Güterbodenarbeiter Drefers. Arbeiter Einfeldt. Werkmeister Gau. Kaufmann Göllner. Arbeiter Griem. Kutscher Griewahn. Arbeiter Grzesiak. Kolonialwarenhändler Hartmann. Kaufmann Hayessen, Bureaugehilfe Heinrich. Arbeiter Hoff. Schlachtergeselle Jahnke. Schmiedegeselle Kähler. Arbeiter Kipf. Arbeiter Kröger. Ingenieur Lehner. Schönkwirt Luck. Arbeiter Lüders. Tapeziergehilfe Mädge. Arbeiter Meyer. Straßenbahnwagenführer Niemann. Schriftsetzer Nitzschmann. Schuhmachergeselle Pahl. Museumsaufseher Pingel. Arbeiter Prestin. Kaufmann Radloff. Tapeziermeister Reger. Bureaugehilfe Rohde. Schuhmacher Schacht. Arbeiter Schaeper. Schiffsarbeiter Schmidt. Maurergeselle Schott. Böttchergeselle Schröder. Kutscher Schröder. Zollsekretär Schulze. Oberzollrevisor Seiffert. Arbeiter Stapelfeld. Arbeiter Stavelfeldt. Arbeiter Steffen. Kutscher Stiemer. Steinmetzgeselle Stieyer. Klempnermeister Stolle. Bureauvorsteher Voß. Kaufmännischer Direktor Wienkoop. Malergeselle Wilcken. Briefträger Winterhoff. Lagermeister Wirth. Stellmachergeselle Witt. Goldschmiedemeister Zander. Pastor Ziesenitz.

Aus Nah und Fern.

Eine furchtbare Art des Selbstmordes wählte die 28jährige Dienstmagd Frieda Plötzke in der Wilhelmhavenerstr. 3—4 in Berlin. Sie begab sich heimlich nach dem Vorkeller des Hauses und verbrannte sich dort. Sie hatte sich, um einen kräftigen Zug herzustellen und einen Geruch im Hause zu vermeiden, eine Schornsteinklappe geöffnet, vor die Oeffnung gestellt ihre Kleider mit Petroleum begossen und in Brand gesetzt. Sie verbrannte bei lebendigem Leibe, ohne einen Hilferuf auszustoßen. Die Unglückliche war schwachsinnig und vor Jahren schon längere Zeit in einer Irrenanstalt behandelt worden.

Im Eise der Ostsee ertrunken. Zwischen Swinemünde und Ahlbeck hat sich ein größeres Unglück ereignet. Mehrere Schüler des Realgymnasiums machten einen Schlittschuhausflug nach Ahlbeck. Auf dem Rückweg müssen einige der Läufer zu weit hinausgefahren sein, denn der Oberlehrer Zaddach geriet plötzlich an einer offenen Stelle unter das Eis und ertrank sogleich. Ebenso ertrank der Sohn des Direktors des Swinemünder Lyzeums Müller, der das Swinemünder Realgymnasium besuchte. Ein Neffe des Justizrates Herrendörfer, der sich wacker am Rettungswerk beteiligte, mußte in Ahlbeck schwer erkrankt ins Bett gebracht werden. Oberlehrer Gothe stürzte ebenfalls, um zu retten, in die eisigen Fluten der Ostsee, kam jedoch mit dem Leben davon.

Vergiftung nach Eiergenuß. Unter dieser Stichmarke berichteten wir am 6. Februar einen Fall aus Bütow, nach welchem eine Familie nach dem Genuß von in „Garantol" eingelegten Eiern erkrankt sei. Wie uns nun von der „Garantol"-Gesellschaft in Dresden mitgeteilt wird, haben sich niemals nach dem Gebrauch des „Garantols" irgendwelche für die menschliche Gesundheit schädliche Folgen gezeigt. Die eingeleitete Untersuchung wird zweifellos ein genaues Resultat der Erkrankungsursache der Familie ergeben.

Gänseschmalz als Finderlohn. Wir lesen in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" folgendes „zeitgemäßes" Inserat: „Damenhandtasche im Luisen-Theater am Sonntag (Nachmittags-Vorstellung) abhandengekommen. Als Finderlohn wird auf Wunsch Gänseschmalz oder Fleisch gewährt."

Explosionsunglück. Wie Lyoner Blätter melden, fanden in St. Etienne in zwei Sauerstoffwerkstätten Explosionen statt. In der einen wurden drei Arbeiter getötet und einige schwer verletzt. In der anderen wurden 30 verletzt, darunter 12 schwer. Der Sachschaden ist sehr beträchtlich.

Neueste Nachrichten.

Stockholm, 12. Februar. Das Blatt „Stockholms Tidningen" meldet aus Haparanda eine große Munitionsexplosion in Finnland. Anfang Dezember sammelte die russische Regierung 6000 Pferde in ganz Finnland, die nach den Lappmarken zu Munitionstransporten auf der Strecke Nowaniemi—Kantalahti—Kola-Halbiniel geschickt werden sollten. Mehrere tausend Fuhren waren gesammelt, als plötzlich die gesamte Transport-Organisation aufgelöst wurde. Nach vollkommen glaubwürdigen Berichten ist gegen die Weihnachtszeit die gesamte an dieser Linie aufgestapelte Munitionsmenge im Werte von über 60 Millionen bei Kantalahti in die Luft geflogen. Die Explosion war so gewaltig, daß auch die Bauten der Murman-Bahn schwer beschädigt wurden. Gleichzeitig zerstörte eine Feuersbrunst alle Vorräte für die Lebensmittel-Versorgung.

Quittung.

Für das Jugendheim wurden mir übergeben:

Von den sozialdemokratischen Frauen . 30,— Mk.

Der Jugendausschuß.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 15. Februar bis 24. Februar 1917 gelangen an jede bis zum 1. Februar 1917 zur Kundenliste angemeldete Person zur Ausgabe:

125 Gramm Gerstengraupen
zum Preise von 30 Pfg. für ½ kg (1 Pfund)
auf den Abschnitt G III des Lebensmittelbuches,
125 Gramm Rübensaft
zum Preise von 40 Pfg. für ½ kg (1 Pfund)
auf den blauen Sonderschein VI des Lebensmittelbuches.

Die Ware ist bei demjenigen Kleinhändler zu entnehmen, bei welchem die Anmeldung zu der neuen Kundenliste für Kolonialwaren erfolgt ist.

Die gesammelten Abschnitte für diese Verteilungen (Gerstengraupen Nr. 16), (Rübensaft Nr. 17) haben die Verkäufer in der vorgeschriebenen Weise bis zum 1. März an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle abzuliefern.

Lübeck, den 12. Februar 1917.

7412 **Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.**

Waisenhaus.

Die Gesuche um Aufnahme in das Waisenhaus sind von den Müttern oder den Angehörigen der Kinder in Begleitung der letzteren am **Fastnachtsmontag, den 19. Febr., morgens 9 Uhr,** im Waisenhaus anzubringen.

Taufschein, Impfschein und etwa Schulzeugnis des Kindes sind dabei einzureichen.

Die Vorsteherschaft des Waisenhauses.
7405

Sozialdemokratischer Verein.

Am Sonntag verstarb unser Genosse

Louise Puls.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag nachmittag 2¾ Uhr auf dem Vorwerker Friedhofe. Die Mitglieder sammeln sich bis 1¾ Uhr im „Weißen Brink".

7417 **Der Vorstand.**

Gesucht zu sofort ein (7366
tüchtiger militärfreier Schlachtergeselle.
H. Krauskopf, Travemünde, Telephon 29 28

Gut s. l. Zimm. m. e. jg. Mann, 2 od. 3-Zim.-Wohn. m. Bett, 1 Zimm. 28—30 M. Ang. unt. B K an die Exp. (7411

Ausgekämmtes Frauenhaar
kauft (7413
Lissauer, Kl. Schrangen 8.

Gelegenheit, Hemd, Hosen, Jacken, Röcke, Jungs, Röcke K.
sowie **Bett- u. Leibwäsche**
preiswert zu den höchsten Tagespreisen (7404
J. Wagner, Heiligenstr. 1.

Stutz- u. Schweif-Pferdehaare
4.60—5.50 Mk.
Reine Ochsenhaare
3.00—3.50 Mk.
Mähnenhaare
3.00—3.50 Mk.
Hasen- u. Kaninchenfelle, Trockene Schweinehaare
Krollhaare
zum höchsten Tagespreise.
Hausstandslumpen
10 ₰ das Pfund.
Knochen 5 ₰ per Pfund.
Lissauer,
Kl. Schrangen 8. (7414

Kaufe
Säcke
und Packleinen
Lissauer,
reichsamtlich angestellter Aufkäufer. (7415
Kl. Schrangen 8.

Stadttheater.
Dienstag, d. 13. Februar 1917:
Anfang 7½ Uhr:
Zum letzten Male:
Figaros Hochzeit.
Oper von W. A. Mozart.
Mittwoch, d. 14. Februar 1917
Anfang 7½ Uhr:
Die Csárdásfürstin
Operette von E. Kálmán.
Donnerstag, 15. Februar 1917
Anfang 7½ Uhr:
Der Wildschütz.
Komische Oper v. A. Lortzing.

Mit Bezug auf die in Nummer 31 vom 6. Februar 1917 dieser Zeitung erschienene Notiz, daß sich nach dem Genuß von mit Garantol eingelegten Eiern Vergiftungserscheinungen gezeigt haben sollen, die sogar zum Tode geführt hätten, erklären wir hiermit folgendes:

Bei dem jahrelangen Gebrauch des Garantols durch unsere nach vielen Tausenden zählenden Abnehmer (Bäcker, Konditoren, Teigwarenfabrikanten, Eierhändler und dergl. sowie Privatpersonen) haben sich **nie** irgendwelche für die menschliche Gesundheit schädliche Folgen gezeigt. Dies ist auch nach der chemischen Zusammensetzung des Garantols vollständig ausgeschlossen. Es ist daher auch völlig ausgeschlossen, daß der mitgeteilte Fall irgendwie mit dem Genuß von mit Garantol eingelegten Eiern zusammenhängt.

Wir haben bereits wegen der Angelegenheit die erforderlichen Schritte durch unseren Rechtsbeistand einleiten lassen und werden jeden unnachsichtlich mit allen gesetzlichen Mitteln belangen, der obiges Gerücht verbreitet. Wir warnen hiermit ausdrücklich vor jeder Weiterverbreitung des Gerüchtes.

Garantol-Gesellschaft
Dresden. 7419

England und die Sperrung der See
Preis 20 Pfg.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater. 7408
Täglich abends 7½ Uhr:
Eine lustige Doppel-Ehe.
Musik. Schwank von
Paul Lincke.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Stadttheater
am Sonntag, dem 25. Februar 1917
nachmittags 3 Uhr pünktlich.
Gastspiel des Herrn Direktor Fuchs.

Stein unter Steinen

Schauspiel in 4 Akten von H. Sudermann.

Preis der Karte 60 Pfg. einschl. Garderobe.

Die **Auslosung der Plätze** erfolgt **am Sonnabend, dem 24. Februar,** von 6½ bis 9 Uhr abends, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52. Die gelöste Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei der Auslosung gegen Empfang der numerierten Billetts zurückzugeben.

Um pünktliches Erscheinen zur Vorstellung wird dringend ersucht. **Der Vorstand.**

Karten sind zu haben: **Buchhandlung des „Lübecker Volksboten", Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus,** in den **Gewerkschaftskarzen** und den **Vorverkaufsstellen des Arbeitervereins.** (7415

„Unsere Marine"
Zigarette
Trustfrei **3 Pf.**
einschliesslich Kriegsaufschlag
Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten.
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft
7410

Achtung!
Bauarbeiter und Zimmerer!

Gemeinsch. Mitgliederversammlung
am Mittwoch, d. 14. Februar 1917
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
Unser Lohntarif für 1917.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.
Die Tarifkommission der Bauarbeiter und Zimmerer.
7409

Verein der Musikfreunde.
20. volkstüml. Konzert
Mittwoch, d. 14. Februar
abends 8 Uhr, in der Stadthalle.
Leitung: Dr. Georg Göhler.
7406
Richard-Wagner-Abend.
Ouv. u. Bacchanale a. „Tannhäuser". Einzug der Götter in Walhall. Wotans Abschied und Feuerzauber. Zug der Frauen zum Münster. Balletmusik und Chor der Friedensboten aus „Rienzi". Kaisermarsch.

Sterbekasse „Die Vertrauliche", Lübeck.
General-Versammlung
am Mittwoch, 14. Febr.
abends 8½ Uhr pünktlich
im Kriegerzimmer d. Bürgervereins.
Tagesordnung:
Jahresbericht, Rechnungsablage, Entlastung des Vorstandes, Wahlen. 7407
Der Vorstand.

Nr. 37
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag,
den 13. Februar 1917

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 12. Februar.

Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Minuten.

Der erste Antrag betrifft die Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer des Bürgerausschusses.

Bürgermeister Langenheim wünscht diese Abänderung nur bis 1. Dezember ds Js. geltend, da dann wieder die Neuwahl des Bürgerausschusses stattfinde.

Dr. Benda tritt für eine Aenderung auf die ganze Kriegsdauer ein und ersucht um unveränderte Annahme des Senatsantrages.

Hoff glaubt, daß das von Dr. Langenheim Gewünschte schon im vergangenen Jahre im vollsten Maße eingetreten sei. Es könne auch in Zukunft nicht anders gemacht werden. Viele Mitglieder des Bürgerausschusses seien jedoch überlastet, kämen zu spät und ließen dadurch die pünktlich Erschienenen zu lange warten.

Thiele wünscht Abendsitzungen, um die Beschlußfähigkeit zu erzielen.

Der Senatsantrag wird in erster Lesung angenommen.

2. Antrag: Anstellung eines neuen Oberlehrers an den höheren Staatsschulen, zunächst an der Oberrealschule zum Dom.

Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Hierauf folgt die

Aussprache über Ernährungsfragen.

Der Wortführer schickt dieser eine längere Ansprache voraus, in der er die Redner ersucht, vor allem zu berücksichtigen, daß die Ernährungsfragen hauptsächlich vom Reich geregelt seien und daß sich die Kritik nur darum drehen könne, ob die Behörden die Ausführungsbestimmungen genügend beachteten. Die Kritik solle vorsichtig eingreifen und sich nur auf tatsächliche Fälle erstrecken. Solche, die auf Hörensagen beruhten, kämen nicht in Betracht. Unzulässig sei es ganz besonders, bei derartigen Uebertretungen Namen von Personen zu nennen. Ueber solche, die sich hier nicht wehren könnten, dürfe man nicht zu Gericht sitzen. Auch Verallgemeinerungen sollten unterbleiben und vor allem sollten sich die Redner vor Augen halten, daß das hier Gesprochene zur Kenntnis der Neutralen und der Feinde gelange. Deshalb sei Vorsicht am Platze (Henk: Sehr richtig!), damit wir durchhielten bis zum siegreichen Ende. (Henk: Bravo!)

Albers ist der Meinung, daß nichts ersprießlicher ist, um über wirkliche oder vermeintliche Mißstände zu verhandeln, als eine offene Aussprache. Manches Unrichtige wäre dann nicht verbreitet worden. Der Appell durchzuhalten werde auf guten Boden fallen, wenn alle der Ueberzeugung seien, daß es jeden gleich treffe. Der Redner kommt auf die Milchfrage zu sprechen und kennzeichnet als Tatsache, daß jeder eine schlechte Amme habe, der diese in der Hansameierei besitze. Die Landwirte selbst hätten ja eine Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die mangelhafte Milchversorgung Lübecks.“ Man munkele, daß Buttermilch zur Schweinefütterung verwendet werde. Bei der Fettverteilung habe das sogenannte Schmalz Enttäuschung hervorgerufen. Man solle doch das Kind beim rechten Namen nennen und sagen, daß es Talg sei. Redner bemängelt das Gebaren der Hansameierei in den letzten Jahren, das genau beweise, wie wenig Entgegenkommen sie dem Publikum bezeige. Auf dem Gemüsemarkt herrschten ebenfalls kolossale Uebelstände. Eines Tages sei alles verschwunden gewesen, anscheinend, weil anderwärts mehr geboten sei. Das Gemüsedörren sei wohl empfohlen worden, doch nicht jeder könne es selbst tun. Deshalb müßten diese Leute später auch gedörrtes Gemüse kaufen können. Ein Mißstand habe sich bei der langsamen Essensabgabe in den Volks- und Kriegsküchen ergeben. Die Leute hätten große Geduld beim Warten gezeigt. Wenn alle Kreise so geduldig wären, dann würden wir schon durchhalten.

Glasau betont, daß mit dem Verschwinden der Seefische auch die Süßwasserfische verschwanden, ohne daß der Kommunalverband genügend Aufklärung gebe. Ein hiesiger Fischer habe 1000 Pfund Brachsen gefangen, durfte sie hier aber nicht für den bestimmten Preis verkaufen und schaffte sie deshalb nach Schwartau, wo sie von Lübeckern gekauft wurden, die also noch den Fahrpreis zulegen mußten. Sehr viele Seevögel, die in letzter Zeit geschossen wurden, seien abgewandert, statt daß sie den Lübeckern zugute kamen.

Stelling weist eingangs seiner Rede den Artikel in den „Lübschen Blättern“ zurück, der den Bürgerschaftsmitgliedern Vorhaltungen macht, weil sie sich mit den Ernährungsfragen befassen wollen. Es wird darin gesagt, das Ganze habe nur den Zweck, Reden zum Fenster hinaus für die Gesinnungsgenossen des Redners zu halten. Demgegenüber müsse er betonen, daß die Redner sich doch wohl hier davon leiten ließen, zur Klärung der Materie beizutragen, der Allgemeinheit und dem Interesse des Staates zu dienen. Der unbekannte Schreiber des Artikels möge sich um Sachen bekümmern, von denen er etwas versteht.

Wenn wir nun die Aussprache über Ernährungsfragen pflegen, dann muß ich sagen, daß die einleitenden Worte des Herrn Dr. Görtz nach meiner Meinung das Richtige nicht getroffen haben. Gewiß müssen wir uns Beschränkungen auferlegen, aber heute, nach 2½ Jahren dürfen wir auch einmal die Frage erwägen, ob tatsächlich der bisher beschrittene Weg der richtige sei. Das Ausland ist genau über unsere Lage informiert. Wenn uns immer in Reden und Zeitungsartikeln erklärt wird, wir müssen Rücksicht auf das Ausland nehmen, so kann und wird der Gegner daraus mit Recht Schlüsse dahin ziehen, daß wir etwas verheimlichen. Wir haben jedoch nichts zu verheimlichen, nachdem wir den Plan der Gegner, uns auszuhungern, zuschanden gemacht haben und ihn auch in der Folge zuschanden machen werden. Es handelt sich jetzt um die Frage, ob die Ernährungsschwierigkeiten in irgend einer Form gemildert werden können. Diese Frage ist zu bejahen. Sie können gemildert werden durch Aenderung des Systems, wobei ich nicht Lübeck, sondern das Reich im Auge habe. Eine Aenderung kann vor allem durch eine bessere Verteilung der Vorräte an Nahrungsmitteln erfolgen und zwar durch Erweiterung des Kreises der Rationierung, und durch den Weg, der wiederholt von uns verfochten wurde, durch größere Beschlagnahme der Sachen, die zum Lebensunterhalt erforderlich sind. Bei einer Reihe wichtiger Lebensmittel mußte er trotz anfänglichen Sträubens doch beschritten werden. Bei dem heutigen System ist es Tatsache, daß weite Schichten der Bevölkerung wesentlich besser leben als andere, trotzdem nicht jeder leben sollte, wie er will, sondern sich klar darüber sein müßte, daß Deutschland um seine Existenz kämpft, und jeder Opfer zu bringen hat. Im gleichen Maße ist dies heute nicht der Fall. Wir haben gesehen, daß Gänse, Enten, Wild, Hühner mehr oder weniger anrechnungsfrei gewesen sind. Da können Sie sich leicht ausmalen, wie das auf die Kreise der Bevölkerung gewirkt hat, die sich diese Leckerbissen nicht kaufen konnten, die sich auch kein Schwein fettmachen konnten, wie gewisse Herren. Und diese Leute müssen auch durchhalten, was ihnen angesichts solcher Verhältnisse sehr erschwert wird. Und wie auf dem Lande gelebt wird, will ich Ihnen an einem kleinen Beispiel zeigen, das sich aus dem Feldpostbrief eines Kanoniers ergibt. Er schreibt:

„Ich muß mich zur Zeit wieder einmal sehr wundern, daß es den Angehörigen meiner Kameraden der Batterie möglich ist, letzteren so viel Butter, Fett, Fleisch und Wurst zu schicken, daß die Fettigkeiten kaum aufgebraucht werden können. Allerdings, muß ich beifügen, entstammen die meisten meiner Kameraden einer rein agrarischen Gegend. Es muß doch in der Heimat nicht die geringste Kontrolle geübt werden, denn sonst könnten die Kameraden aus landwirtschaftlichen Distrikten nicht Woche für Woche ihr Pfund Butter erhalten, ohne die anderen Fettigkeiten. So gern ich mir die Weihnachtspakete angesehen habe, so habe ich mit großer Empörung doch gedacht: wie ist dies nur möglich? Während so viele Millionen zu Hause nicht das geringste zum Brote haben, sind diese wenigen (bei meiner Batterie gegen 30 Mann) in der Lage, besser zu leben als ein besserer Arbeiter im tiefen Frieden.“

Sie sehen daraus, wie auch draußen die Sache beurteilt wird. Es sind auch Herren in Lübeck, die draußen im Felde waren und dies bestätigen können. Sie werden sagen es sei selbstverständlich, daß die Landwirtschaft sich besser stellen müsse, da sie die Sachen in Händen habe und sonst in ihrer Tätigkeit erlahme. Aber würde nicht jeder Kontorangestellte lieber in der warmen Stube sitzen, jeder Geschäftsmann und Arbeiter seiner alten Tätigkeit nachgehen als im Schützengraben zubringen. Wird die Frage so gestellt, dann kommt man zu der Ueberzeugung, daß auch die Landwirtschaft im Kriege etwas mehr Patriotismus bezeigen müßte. Ich will zugeben, daß man auch hier nicht verallgemeinern kann und daß eine Reihe von Landwirten sich ihrer Pflicht bewußt sind. Aber bei dem weit größten Teile der Landwirte ist dies leider nicht der Fall. Man sagt zwar, die Henne dürfe nicht geschlachtet werden, die die goldenen Eier legt. Da kann man aber auch die Arbeiter in den Munitionsfabriken anführen, die ihre ganze Kraft verwenden, um das Erforderliche herzustellen. Von ihnen verlangt man, ohne daß sie dafür besonders hervorzuhebende Zuwendungen erhalten, daß sie ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Dann muß dies auf der andern Seite, von der Landwirtschaft, ebenfalls gefordert werden.

Wie zum Teil die Situation beurteilt wird, geht aus einer landwirtschaftlichen Zeitschrift hervor, in der die Frage besprochen wird, was man im nächsten Jahre am Zweckmäßigsten anbaue. Die Antwort sollte eigentlich lauten: Getreide, Kartoffeln und wieder Kartoffeln. Sie geht aber dahin, was am lohnendsten im Anbau ist. Es wird dort festgestellt, daß bei einem viertel Hektar an Einnahmen herauskommt: für Weizen 195 Mk., Roggen 121, Gerste 192, Hafer 210, Kartoffeln 360, Wrucken (unsere Steckrüben) 687, Möhren 527 Mk. Bei diesen Verhältnissen ist wohl die Frage am Platze, ob im letzten Jahre aus reinem Patriotismus heraus so außerordentlich viel Steckrüben gepflanzt wurden? Ich bin der Meinung, daß hier etwas ganz anderes maßgebend gewesen ist.

Die Beschwerden über unsere Volksernährung resultieren aber weiter immer noch daraus, daß das System des Anreizes im Vordergrund steht. Daraus entsteht dann der Ruf: Die Preise seien zu gering! (Henk: Sehr richtig!) Es gibt doch viele Geschäftsleute, die durch den Krieg ihr mühselig Aufgebautes vernichtet sehen, und viele Bevölkerungsschichten, die nicht entsprechend ihrer Leistung bezahlt werden. Wohin die Anreizpreise führen, wurde schon von einem anderen Redner angedeutet. Herr von Oldenburg-Januschau forderte schon in diesem Jahre einen Preis von acht Mark für den Zentner Kartoffeln. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Hört, hört! — Henk: Sehr richtig!) Wenn Herr Henk dem zustimmen sollte, dann sagt dies genug! (Henk: Jawohl!) Das ist außerordentlich bedauerlich, schon aus dem Grunde, weil dies ein eigenartiges Schlaglicht wirft auf den vielgepriesenen Patriotismus mancher Leute. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!) Das System der Anreizpreise hat wiederholt dazu geführt, daß die Erklärungen des Herrn Batocki über Bord geworfen wurden. Im Reichshaushaltsausschuß hat er zum Ausdruck gebracht, an eine Erhöhung der jetzigen Kartoffelpreise sei nicht zu denken. Freilich ist eine direkte Erhöhung nicht eingetreten, aber eine Erhöhung der Kommissionsgebühren und eine erhöhte Zahlung an die Landwirte für schnelle Heranschaffung der Kartoffeln, die zwischen 50 Pfg. und 1,25 Mk. schwankt. Auch dieses Vorgehen halte ich für verkehrt. Herrn Henk mache ich darauf aufmerksam, daß selbst Kollegen von ihm sagen, dieses System sei unter allen Umständen zu verwerfen. Die Preise sind viel zu hoch, man muß auch Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Konsumenten nehmen. Das betonen solche Landwirte, die auch ihr Geschäft verstehen.

Wohin die Anreizpreispolitik führt, zeigt auch die deutsche Zuckerindustrie. Für Zuckerrüben wurden 2 Mk., für Rohzucker 18 Mk. pro Zentner festgesetzt. Nun wird behauptet, Rüben müßten 3 Mk. und Rohzucker 26 Mk. kosten, was das Pfund Zucker um 12 Pfennig verteuern würde. Es wird ein ungünstiges Verhältnis zwischen Zuckerrüben und andere Hackfrüchten festgestellt. Richtig betrachtet, zwingt die Lage nicht dazu den Rübenpreis zu erhöhen, sondern die Preise für die andern Hackfrüchte sind herabzusetzen. Wurden doch 1916 für Zuckerrüben 50 Prozent über dem Friedenspreis gezahlt, 1917 sind es 100 Proz. und wenn den Interessentenkreisen entsprochen wird, dann ist es dreimal mehr. Das ist eine Folge der Anreizpreise. Es mag wohl einiges im landwirtschaftlichen Produktionsprozeß etwas teurer geworden sein, doch die heute verlangten Preise stehen in keinem Verhältnis zu diesen Mehrkosten.

Wir haben gegenwärtig in Deutschland eine Kartoffelnot, die zum Teil auf den Frost zurückzuführen ist. In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, keinem sozialdemokratischen Blatte, wird jedoch auseinandergesetzt, daß bei richtiger Verteilung 23 Millionen Tonnen Kartoffeln vorhanden sein müßten. Hätte man jedem 10 Pfund pro Woche gewährt, Soldaten und Gefangene mitgerechnet, dann hätte man unter allen Umständen bis zum Herbst auskommen müssen. Nach der heutigen Verteilung von 3 Pfund fehlten 5—6 Millionen Tonnen, die nicht nachzuprüfen sind. Man muß also zu der Schlußfolgerung kommen, daß sie verfüttert oder durch Lotterwirtschaft erfroren sind. Würde übrigens genau nach den Kartoffeln geforscht, dann würden noch manche ans Tageslicht kommen. Ich will nur den Kreis Gebweiler im Elsaß anführen, wo nach genauer amtlicher Ermittelung in 13 Gemeinden noch 10700 Zentner gleich 52½ Waggons Kartoffeln, die unrechtmäßig zurückgehalten waren, vorgefunden wurden. In der Pfalz ergab eine Revision 60 Zentner. Es gibt also immer noch Kreise in Deutschland, die nach jeder Richtung hin versuchen, ihr eigenes Interesse dem Allgemeininteresse voranzustellen. Der Versuch, diese Leute zu fassen, muß vom Reiche unternommen werden.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

91. Fortsetzung.

„Porphyrius Petrowitsch“, begann er in entschiedenem Tone, aber in merkbarer Erregtheit, „Ihr hattet gestern den Wunsch geäußert, ich möchte gewisse Fragen halber mich zu Euch bemühen.“ Er betonte besonders das Wort „Fragen“. „Ich bin hier, und wenn es Euch gefällig sein sollte, so fragt; wenn nicht, so gestattet mir, mich zu entfernen. Ich habe einen Weg zu machen, ein Geschäft vor. Muß zu dem Leichenbegängnis jenes von der Equipage überfahrenen Beamten, von welchem Ihr — ja auch wißt —“ fügte er hinzu, geriet aber zugleich in Wut über diese Schlußbemerkung, und diese Wut wuchs mehr und mehr, „mir ist dies alles höchst zuwider, hört Ihr, schon lange, ich bin obenein auch noch immer etwas leidend, kurz“, schrie er, im Gefühl, daß die Phrase von seiner Krankheit nicht mehr wirkte, „kurz, fragt mich gefälligst, oder entlaßt mich, sogleich. Wollt Ihr mich aber befragen, so tut dies in der üblichen Form; sonst werde ich dies nicht gestatten. Dann aber entlaßt mich, da wir beide sonst nichts miteinander zu schaffen haben!“

„Herr des Himmels, was wollt Ihr damit sagen? Worüber hatte ich Euch befragen wollen“, sagte Porphyrius Petrowitsch, sogleich den Ton ändernd und in Mine und Ausdruck seine Heiterkeit unterdrückend, „beunruhigt Euch doch nicht, wenn ich bitten darf,“ beeilte er sich zu beschwichtigen, dann lief er wieder nach allen vier Himmelsgegenden in dem Zimmer umher, oder versuchte, Raskolnikow zum Sitzen einzuladen, „wir haben ja Zeit, und dies war nur Scherz von mir! Ich freue mich vielmehr recht sehr, daß Ihr uns einmal beehrt habt, habe ich Euch doch wie einen lieben Gast aufgenommen. Für dieses verwünschte Lachen aber, mein lieber Rodion Romanowitsch, entschuldigt mich. Rodion Romanowitsch, nicht wahr, so heißt Ihr doch vom Vater her? Ich bin ein sehr nervöser Mensch, und Ihr hattet mich durch die Gereiztheit Eurer Bemerkung so sehr in Heiterkeit gebracht. Bei andern Gelegenheiten da erzittere ich wieder wie Gummi elasticum eine halbe Stunde lang. Lächerlich, nicht wahr? Nach meiner Konstitution muß ich einen Schlaganfall befürchten. Aber, setzt Euch doch, was wollt Ihr da? Bitte gefälligst, mein Lieber, ich glaube in der Tat, Ihr seid mir noch bös —“

Raskolnikow schwieg, er hörte und beobachtete; aber stets mit finster zusammengezogenem Gesicht. Dennoch nahm er wieder Platz, ohne indessen seine Mütze aus der Hand zu legen.

„Ich möchte Euch eine Angelegenheit, lieber Herr Rodion Romanowitsch, über mich selbst mitteilen, gewissermaßen als Erklärung der Charakteristik“ fuhr er fort, noch immer im Zimmer umherlaufend und wie vorher den Blicken seines Besuchers auszuweichen bestrebt. „Ich bin ein lediger Mann, wenig weltgewandt und unwissend, dabei ein Mann des Gesetzes, verknöchert, — habt Ihr schon bemerkt, Rodion Romanowitsch, daß, wenn bei uns, das heißt bei uns in Rußland, und besonders in unseren Petersburger Kreisen, sich zwei verständige Männer, die sich noch nicht sehr nahe kennen, aber sich wechselseitig achten, so wie wir zum Beispiel jetzt, treffen, und eine volle halbe Stunde kein Thema der Unterhaltung finden können, gegenseitig kalt werden, still sitzen und gegenseitig in Verwirrung geraten? Alle haben doch ein Thema zur Unterhaltung, die Damen zum Beispiel, die Weltleute, die vom hohen Ton, es gibt stets etwas zu sprechen, c'est de rigueur — und Leute mittleren Standes, wie wir, — sind verlegen und wortkarg — das heißt gedankenvoll. Woher kommt dies, mein Lieber? Haben wir keine gesellschaftlichen Interessen, oder sind wir nicht ehrlich und wünschen wir einander zu hintergehen — ich weiß nicht. Legt doch Eure Mütze weg, gerade jetzt wollt Ihr gehen; Ihr habt ja recht, verstimmt dreinzuschauen, aber ich war gerade so erfreut, daß —“

Raskolnikow legte seine Mütze wieder beiseite und beharrte dabei, schweigend, ernst und mit verbissener Miene dem leeren, verwirrten Geschwätz Porphyrius Petrowitschs zuhörend. „Weshalb in aller Welt versucht er nur meine Aufmerksamkeit zu zerstreuen, mit seinem dummen Geschwätz?“ dachte er.

„Zu Kaffee kann ich Euch nicht bitten, hier ist nicht der Ort dazu, aber weshalb soll man nicht ein paar Minütchen bei einem Freunde sitzen dürfen, um sich zu zerstreuen“, fuhr Porphyrius unermüdlich fort, „und dann, wißt Ihr, all' die Amtsgeschäfte — es beleidigt Euch doch nicht, mein Lieber, wenn ich so auf- und niedergehe? Entschuldigt, ich fürchte sehr, Euch damit zu nahe zu treten, aber Motion ist mir gerade unumgänglich notwendig. Ich sitze den ganzen Tag und bin froh, wenn ich einmal fünf Minuten laufen kann; man wird leidend, ich denke nun, alles durch Gymnastik zu bessern; sollen doch sogar Staatsräte, wirkliche Staatsräte, und sogar geheime, gern selbst auf dem Seile springen. Dies ist freilich auch eine Wissenschaft geworden in unserm Jahrhundert. So ist es eben. Aber was unsere gegenwärtige Angelegenheit anlangt, bezüglich der Befragung und der Formalitäten, so bitte ich Euch, mein Lieber, diesen Fragen sogleich nachzukommen. Den Ihr wißt wohl, mein Lieber, Rodion Romanowitsch, diese Fragen können bisweilen den Fragenden selbst viel mehr aus der Fassung bringen, als den Befragten. Daher wollt Ihr mir, mein Lieber, mit vollständiger Korrektheit und größter Genauigkeit antworten. Man verwickelt sich bisweilen, ja man verwickelt sich. Immer ein und dasselbe, wie eine Trommel. Doch die Reform wird kommen und dann werden wir umgetauft, hähähä! Und betreffs unserer juristischen Annahmen — wie habt Ihr Euch da so scharfsinnig ausgedrückt — ich bin vollständig darin mit Euch einverstanden. Welcher von allen Angeklagten, sei es auch der elendeste, wüßte nicht, daß man zunächst ihn mit Nebenfragen zu zerstreuen sucht — ein sehr glücklicher Ausdruck von Euch — und dann plötzlich ihn mitten in das Thema führt, mit einem Schlag. — hähähäh! Mitten in das Thema! Ein sehr glücklicher Vergleich von Euch! Hähä! So habt Ihr also in der Tat gedacht, daß ich Euch in meiner Wohnung hätte — hähä! Seid Ihr doch ein ironischer Mensch! Nun, das würde ich niemals tun! Ein Wort ruft eben das andere hervor, ein Gedanke den anderen. Ihr habt ja kürzlich auch über die Form einiges erwähnt, bezüglich des Verhörs! Nun, was soll's mit der Form! Form ist in vielen Fällen ein Unsinn, wißt Ihr! Oftmals spricht man nur in unzezwungen freundschaftlicher Weise und diese ist erfolgreicher. Die Form wird ja deswegen nie abhanden kommen, daraufhin muß ich Euch beruhigen; aber was ist Form in Wirklichkeit, frage ich Euch. Durch die Form darf ein Untersuchungsrichter nicht durch jeden Schritt gehemmt werden. Die Arbeit eines solchen ist, wenn man will, eine freie Kunst in ihrer Art, oder nach der Art desselben — hähähä!“

Porphyrius Petrowitsch schöpfte auf eine Minute Atem. Er hatte ohne innezuhalten, ohne Besinnen leere Phrasen um sich gestreut, ließ in diese plötzlich einige rätselhafte Worte mit einfließen, lenkte dann aber sogleich wieder in seine Jungendrescherei ein. Er war nach und nach immer schneller im Gemach auf und nieder gelaufen, bewegte seine feisten Beine immer schneller und schneller, und schaute dabei beständig auf dem Erdboden, die rechte Hand auf dem Rücken gelegt und mit der linken unaufhörlich Bewegungen machend, zahllose Gesten beschreibend, die verwunderlicherweise immer das Gegenteil zum Sinn seiner Worte darstellten. Raskolnikow bemerkte plötzlich, daß er bei dem Umherlaufen im Zimmer zweimal neben der Tür halt machte, auf einen Augenblick, und zu horchen schien.

„Wartet er auf etwas?“

Ihr habt völlig recht“, fuhr Porphyrius fort, in freundlicher Laune, und mit ungewöhnlicher Gutmütigkeit auf Raskolnikow schauend, wovor dieser erschrak und sich auf alles gefaßt machte, „völlig recht, daß Ihr über die juristischen Formalitäten Euch mit soviel Scharfsinn lustig macht, hähä! Sind doch diese tiefsinnig-psychologischen Gesichtspunkte für uns lächerlich und vielleicht auch nutzlos, sobald sie von der Form eingeengt werden. Ja, da bin ich wieder bei der Form. Nun, wenn ich jetzt einen Menschen, diesen, jenen, oder einen dritten, etwa für einen Mörder halte, oder ihn sogar in Verdacht habe, in einer Sache, die mir anvertraut wäre, — Ihr bereitet Euch vor, Jurist zu werden, Rodion Romanowitsch?“

(Fortsetzung folgt.)

Nun zur Milchfrage. Da ist vor allem zu bedauern, daß Kranke für Atteste 3—3,50 Mk. bezahlen müssen, um zu ihrer dringend bedürftigen Vollmilch zu kommen. Und diese Atteste haben nur 4—8 Wochen Gültigkeit, wenn die Zeit herum ist, müssen sie sich neue beschaffen. Dadurch werden diese Leute hart betroffen. Hier müssen unter allen Umständen Maßnahmen getroffen werden, um Minderbemittelten diese Ausgaben zu ersparen. Ich möchte auch öffentlich den Wunsch äußern, daß die Herren Aerzte in ihren Verschreibungen etwas genauer vorgehen, denn mir sind Fälle bekannt, daß Atteste für Personen ausgestellt wurden, die in der Tat der Vollmilch nicht bedürftig sind. Wo es sich um die Interessen der Allgemeinheit handelt, muß die Weitherzigkeit der Aerzte aufhören. Kranke und Kinder gehen vor, weiter darf jedoch der Begriff nicht gehen. Die Befürchtungen, die man gehegt hat, daß die Hansameierei ihre Monopolstellung in unhaltbarer Weise ausnützen könne, sind nicht unberechtigt. Die Erhöhung des Flaschenmilchpreises von 28 auf 32 Pfennig ist bedauerlich, sie erweckt für die Zukunft keine günstige Perspektive. Die Treibereien der Interessentenkreise auf eine allgemeine Milchpreiserhöhung fordert gerade in der gegenwärtigen Zeit zum schärfsten Protest heraus. Ich stelle deshalb an die maßgebenden Behörden das dringende Ersuchen, sich einer weiteren Milchpreiserhöhung in den Weg zu stellen, denn in erster Linie werden davon die unteren Schichten der Bevölkerung, die Kinder und Kranken wieder betroffen und auf diese sollte man doch Rücksicht nehmen. Sollte sich — wie behauptet — die Milcherzeugung auch nicht mehr in dem Maße rentieren wie früher, dann muß man doch berücksichtigen, daß der Erzeuger auch noch andere Produkte hat, an denen er, wie wir heute gehört haben, bedeutend mehr verdient. Deshalb kann es hier ruhig beim alten Preis bleiben, weil die Landwirtschaft bei den anderen Produkten ein außerordentlich gutes Geschäft macht, wie hier selbst zugegeben wurde. Sie sollte Rücksicht nehmen auf die Kriegszeit und wirklichen Patriotismus zeigen.

Mit der Einteilung scheint es im Reiche auch zu hapern. Wir bekommen hier 80 Gramm Fett, darunter nur 30—40 Gramm Butter, während Hamburg und andere Städte stets 90 Gramm Streichfett, darunter 60 Gramm Butter erhalten. Es ist doch weiter eigenartig, daß in Schwartau auch die Kreise Vollmilch erhalten, die nicht vollmilchbezugsberechtigt sind, während hier wochenlang nicht einmal Magermilch zu haben ist. In der Organisation scheint es zu hapern, weshalb versucht werden muß, hier Wandel zu schaffen. Vielleicht gelingt es im Zusammenwirken mit den umliegenden Staaten, durch Zweckverbände, einheitlich vorzugehen. Trotz der allgemeinen Milch- und Butterknappheit nehmen es die Landwirte mit der Rationierung nicht so genau: sie verbrauchen mehr für sich als ihnen zusteht. In den verschiedensten Teilen Deutschlands haben maßgebende Behörden den Landwirten erklärt, das dürfe nicht mehr so weiter gehen, sie müßten ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Die sächsische Amtshauptmannschaft in Löbau erklärte, die abgelieferte Milch und Butter stehe in keinem Verhältnis zu dem zu Fordernden. Sie verkauften Butter ohne Marken oder verbrauchten zu viel für sich selbst. Der Landrat des Kreises Marienburg sagt, die Landwirte lieferten viel zu wenig oder gar keine Milch in die Molkereien, sie gebrauchten im Haushalt weit über das gesetzliche Maß. Im Kreise Recklinghausen stehen 12 700 Milchkühe, die müßten 40 000 Liter bringen, derweil reicht nach Mitteilungen eines dortigen Landwirtschaftsdirektors das Gelieferte nicht im entferntesten für die Vorzugsberechtigten. Ein süddeutscher Tierarzt hebt hervor, daß von achtzig Kühen nicht ein Liter Milch geliefert wurde, dagegen erhielten Kälber und Schlachtschweine Vollmilch. Der Kreis Oppeln zählt 44 000 Stück Rindvieh, wovon in einer Woche 4½ Zentner Butter geliefert wurden, also ein Pfund auf 100 Rinder. (Zuruf bei den Soz.: Hört, hört!) In oberpfälzischen Kreise Pfirtallen wurden im Oktober 13 bis 20 Pfund Butter geliefert, im Dezember dagegen 250 Zentner. Die Steigerung ist dem scharfen Vorgehen der Behörden zuzuschreiben. (Hört, hört! bei den Soz.) Selbst ein Molkereidirektor in Jülich schreibt: „Wir bekommen keine Milch, trotz aller Bitten nun muß gerichtlich vorgehen."

Wir hören ja auch von anderer Seite, wie sich das Milchgeschäft lohnt. Ein Inserat in der „Deutschen Tageszeitung" kündigt den Verkauf eines der feudalsten Güter Holsteins an und betont, daß die Milcheinnahme aus der großen Viehhaltung infolge absoluter Nähe der Großstadt den ganzen Kaufpreis verzinse. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt mir fern, die Landwirtschaft zu beschimpfen, ich führe diese Beispiele nur an, um zu zeigen, wie ein leider nicht unerheblicher Teil der Landwirtschaft arbeitet. Vielleicht wird von anderer Seite auf die Hindenburgspende hingewiesen. Ich hatte zwar geglaubt, wer eine spende, tue dies ohne Gegenleistung. Aber nicht Mahlzeit! Für gedroschenen Speck erhalten die Bauern 2,40 Mk., für Schmalz 3 Mk., für Talg 3 Mk. pro Pfund. Trotzdem wurden die Erwartungen mehr oder weniger nicht erfüllt. Aus einem mir bekannt gewordenen Briefwechsel ergibt sich, daß man mehr opfern könne, wenn höhere Preise gezahlt würden.

Mit der städtischen Bevölkerung besteht hier also keine Gleichheit. Eine Aenderung ist notwendig, wenn wir alle durchhalten wollen und sollen. Ein Weg zu einer ziemlichen Gleichheit ist die allgemeine Massenspeisung. Sie werden sicher sagen, das werde nicht gehen. Gewiß bestehen Bedenken. Die würden auch manchmal in militärischen Dingen empfunden aber doch scheint man bei es nicht in wirtschaftlicher Beziehung gehen? Es wäre hier aber ein anderer Versuch zu machen, wenn Sie der allgemeinen Massenspeisung nicht zweifeln sind, daß nämlich alle Wirtschaften und Hotels zur Einheitsgerichte abgeben dürfen, die der Massenverteilung unterstehen. Viele Nahrungsmittel müßten dadurch sicher noch besser, daß das Essen besser würde. Dann hätte man alle die Waren mit Beschlag belegen und für das Ganze verwenden, die über den Bedarf von drei Monaten hinaus in Hotels usw. aufgestapelt sind. Sie werden sagen, das hätte hier keinen Zweck. Das hätte jedoch jedes Mittel zur Erreichung der Ziele recht sein.

Auf die Fleischfrage will ich nicht näher eingehen, aber es scheint doch bedenklich, daß auch in der letzten Zeit in Rostock Schweine in ordnungswidrig unreifem Zustande zu haben waren. Haben Sie erst einen.

Was Sie zeigt, daß ich die geschilderten Verhältnisse nicht übertrieben gemacht habe, aber daß war mir unmöglich, sie hier überhaupt. Ich habe mich an das gehalten, was vorliegt und das ist auf Grund amtlicher Materials vorzugsweise. Wir sind uns klarig darüber, was wir wollen, daß wir alle vorzugsweise haben, um zum Friedensziele zu kommen. Dazu müssen wir aber auch alle Anstrengungen machen, in die Kraft der Bevölkerung Sorgen hineinzutragen. Dann darf man sich nicht einer Illusion hingeben. Über 1000 Personen haben Ihnen, man weiß ja genauer, die Briefe in die Hände genommen haben. Aus der Sache heraus geht hervor, daß sie auf konservativ-politischem Boden stehen. Es ist bedauerlich, daß man in dieser Zeit so viel Zeit dieser Sache wegen so lange beschäftigt. Ich bedauere das um so mehr, als wichtige Geschäfte in der gegenwärtigen Zeit unerledigt zurückgestellt sollten. Wenn es auch die Händler vorgetragen haben, die auf Wunsch das so notwendige Brot herauben, so sind Strafen von 50 Mk. und höher nicht angebracht. Hier sollte man humaner verfahren. Daß man aber auch die Verbraucher bestraft, ist doch zu drastisch. Jedenfalls ist es schließlich zu verstehen, daß menschlichen Empfinden widerspricht es. Hat man doch aber der Mutter wegen Abholung einer 15jährigen Kinder mit der Mitteilung bedroht, daß sie für Sicherheitsleistung Strafmittel bringen habe. (Zuruf bei den Soz.: Hört, hört!) Man muß schon Staatsanwalt sein, um dies zu begreifen. Die Frau Mutter muß ja ihren Jungen selbst überlassen. Ich selbst bedauere, diese Fälle hier vorbringen zu müssen. Man darf doch unsere Zeit nicht vergessen und die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben. Paragraphenmensch kann man wohl sein, besser ist es aber schon, mehr das Gewicht auf das Wort Mensch als auf Paragraph zu legen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Zum Schlusse will ich noch bemerken, daß zur Beseitigung der Mängel in der Lebensmittelversorgung, die ich hier vorbrachte, soweit die Lübecker Behörden in Frage kommen, wenig mehr getan werden kann, weil wir nur Verteilungsstelle sind. Es kann nicht mehr verteilt werden, als da ist. Wir müssen uns aber durch unsern Vertreter im Bundesrat an das Reich wenden: das Reich muß helfen, den breiten Schichten der Bevölkerung das Durchhalten zu ermöglichen. Das Reich muß sich leiten lassen von dem Gedanken, nicht jedem das Seine, sondern jedem das Gleiche! In diesem Sinne bitte ich meine Ausführungen zu betrachten und mitzuhelfen, daß der Grundsatz vorherrschend werde, jedem das Gleiche. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Thiele wundert sich über die Worte des Dr. Görtz zu Beginn dieser Verhandlung. Es habe wie eine Bevormundung geklungen. Redner verurteilt ferner die Hansameierei, von der man nur etwas bekomme, wenn man gut schmusen könne. Zur Ersparung von Feuerung sollte man im amtlichen Betrieb die ungeteilte Arbeitszeit einführen. Zu teuer sei die Streckwurst, bei deren Verkauf man die Polonaisen vermeiden könne, wenn mehr Verkaufsstellen geschaffen würden. Auch das Rindfleisch sei viel zu teuer. Zum Schluß fordert Redner Freigabe des Angelns und strikte Vorschreibung des Landes, auf dem Kartoffeln gebaut werden müssen. In Lübeck hätte man auch während der Kälteperiode Wärmehallen einrichten sollen.

Senator Strack wendet sich gegen die Ausführungen Thieles. Wenn man nach dem Kriege die Abrechnung über das Rindfleisch bekanntgebe, werde man erst sehen, was der Staat zusetze. An den Schweinen seien bis jetzt 360 000 Mark zugesetzt worden. Streckwurst hätte von Anfang an jeder Schlachter machen können, der die Bedingungen erfüllen konnte. Jetzt sei das Material für die Wurst nur in beschränktem Maße vorhanden. Manches von dem sei zuzugeben, was Herr Stelling gesagt habe. Es sei natürlich verwerflich, wenn sich einer auf unerlaubtem Wege mehr verschaffe, als ihm zustehe. In der Milchversorgung dürfe keine Verzettelung sein, wie die Erfahrung lehre sei sie sonst am schlechtesten. (Zuruf Henk: Sehr richtig!) Die Verzettelung der Milchversorgung sei schuld an der schlechten Milchversorgung hier. Er hoffe, daß es nächstens besser werde. Freilich werde der Milchpreis höher werden, aber die Landwirte würden auf die Erhöhung für einen Teil der Milch zugunsten der ärmeren Bevölkerung verzichten. Nach den Verhandlungen mit Preußen usw. soll ein Produzentenpreis von 24—26 Pfg. und ein Verkaufspreis von **32 Pfg.** festgesetzt werden, sonst werden wir erleben, daß die Milch in andere Städte abwandert. (Henk: Sehr richtig!) Wenn der Landmann seine Milch verbutert und Käse macht, kann er 30 Pfg. aus seiner Milch herauswirtschaften. (Henk: Sehr richtig!) Da ist es nicht zu verwundern, wenn die Milch knapp ist. Zu bedauern sei, daß wir nur 80 Gramm Fett erhielten, doch stände Lübeck noch über dem Durchschnitt. Der erhöhte Flaschenmilchpreis der Hansameierei werfe für diese keinen Mehrgewinn ab, mache im Gegenteil nur die Selbstkosten bezahlt. Mit dem überreichlichen Anbau an Kartoffeln habe es seine zwei Seiten, man sollte da vor allem darauf sehen, daß der geeignete Boden dafür vorhanden sei. Die Kartoffelknappheit sei auch zum Teil auf dem Lande sehr groß. Die Behörde habe den Ausbau der Rationierung von Nahrungsmitteln stets im Auge behalten; die von Herrn Glasau angeführten Seevögel hätten durch vermehrte Marktzufuhr ihre Verwertung gefunden. Infolge der besseren Rationierung seien wir in der Lage, in diesem Monat noch größere Quanten Marmelade und Kunsthonig zu verteilen.

Senator Dr. Lienau betont, es habe sich bei dem teuren Gemüse hauptsächlich um Durchfuhrware gehandelt. Ein Ausfuhrverbot und Beschlagnahme hätte für uns keinen Vorteil gehabt. Wir seien bemüht, Waren heranzuziehen; erst in letzter Zeit sei es gelungen, einen größeren Posten Kohl heranzuziehen. Rüben sollte natürlich nur der dürren, der dazu in der Lage ist. Hiesige Brauereien hätten 10 000 Zentner gedörrt.

Senator Strack hebt hervor, daß Lübeck auch bereits mit Interessenten wegen Lieferungsverträgen in Verbindung getreten sei, die ein gutes Ende ankündigten. Für Frühkartoffeln sei gesorgt.

Henk (Bültwisch) tritt für alles das in der Milchfrage ein, was Senator Strack sagte. An der Unregelmäßigkeit in der Milchversorgung sei Herr v. Batock schuld. Übrigens sei die Magermilch der Hansameierei so blau, um dem Wunsche Batockis zu entsprechen, für den sie nicht blau genug sein könne. Das allerbeste sei, wenn die Milch an die Hansameierei geliefert werde; ein solches Institut sei von der Behörde leichter zu kontrollieren als viele kleine Händler. Der Kartoffelpreis von 4 Mark sei doch nicht zu hoch. (Zuruf: Ist er doch!) Oldenburg-Januschau nimmt er mit seiner 8-Mark-Forderung für Kartoffeln nur zu. Die Kartoffelbauern hätten sehr schlechte Geschäfte gemacht und würden auch keine bessere Aussicht haben, wenn die Saatkartoffeln 15 Mk. pro Zentner kosteten oder wenn sie Stecklinge kaufen sollten. Dieses Ergebnis solle man erst sehen, da werde man sich wundern. Redner betont ferner eine Milchpreiserhöhung müsse man zu begrüßen. Daß die Hindenburgspende nicht gratis erfolgen sei, sei doch selbstverständlich; übrigens hätten die Arbeiter es gern bezahlt, sie seien froh gewesen, etwas zu erhalten. Ein Einheitsessen sei sehr zu empfehlen, da dadurch sehr viel gespart werden könne. Die Verordnungen der einzelnen Kommunalverbände sollten einheitlicher sein. Zu bedauern sei nicht, daß ein Teil der Landwirte ein gutes Geschäft gemacht habe, doch auch die Arbeiter hatten schön verdient.

Schober hebt hervor, daß die Verhandlungen der Behörde mit den Schlachtern leider gescheitert seien. Senator Strack habe aber heute angedeutet, daß die Materialien nächstens weiter verteilt werden sollen. Es werde sich in der Folge auch zeigen, ob der Preis für die Streckwurst gerechtfertigt sei.

Baade (Schlutup) macht Ausführungen über die Fischversorgung. Die einheimischen Seefische seien alle beschlagnahmt und gingen an die Lübecker Fischversorgungsgesellschaft abgeliefert werden, die werden eine genaue Verteilung vornehme. Wenn man Fragegelegenheit sei werde der Lübecker Fischmarkt mehr erfüllt sein als früher. Was von den frischen Fischen gelte, sei auch bei der Räucherware der Fall. Die billigen Bücklinge in Anzahlung kämmen von der schleswig-holsteinischen Fischhandelsgesellschaft, die jenen Bezirk zu versorgen habe.

Aug. Pape bedauert, daß die Lübschen Blätter wieder für die Bürgerschaftsmitglieder die Zensur in der Lebensmittelfrage übernommen. (Zuruf: Sehr richtig!) Auch über das Amtsblatt müsse man dem Bedauern aussprechen, das immer wieder versuche, Unruhe gegen die Arbeiter zu rühren. Die Hansameierei habe seit ihrem Bestehen das Bestreben, die Holländer zu beseitigen. Erst kürzlich ist ein alter Handler nahezu an den Bettelstab gebracht worden. Die Milchknappheit rühre auch daher, daß gute Milchkühe nach Dänemark verkauft würden und an deren Stelle Jungvieh gehalten werden. Die Hansameierei bekomme 32 Pfg. für die Flaschenmilch, weil sie diese nur in Halbliterflaschen verkaufe. Es bedeutete sei es, wenn es der Hansameierei gelingen sollte, gerade während der Kriegszeit die Holländer zu beseitigen. 40 Jahren zur Seite gedrängt. Wolle man monopolisieren, dann solle es der Staat machen und die Holländer anstellen, die ihre Kunden genau gut bedienen können. Redner kritisiert ferner die hohen Gemüsepreisforderungen, die bereits für das nächste Jahr in Aussicht stehen und unerhört seien. Das gehe den Patriotismus [illegible] Die Behörden sollten auch hier bestrebt sein, den Produzenten zu verpflichten, was durch gewisse Vorkommnisse aber nicht der Fall ist.

Landwirt Reyder verteidigt die Schweinemästungsgesellschaft von Dem Gottesacker, deren Mitglied er ist und an deren Spitze Direktor Hartwig stehe, der ein ausgezeichneter Sachverständiger sei.

Dr. Hartwig glaubt nicht, daß die Milchpreiserhöhung zu umgehen sei. In der Kartoffelfrage werde am 1. März genau geprüft werden. Bestätigen kann Redner, daß die Landwirte beim Heere noch gute Zutaten nachgeschickt bekommen. Sie hätten allerdings die üble Gewohnheit, den Kameraden nur wenig abzugeben. Diese Gewohnheit sollten jedoch die hiesigen Landwirte nicht mitmachen. Den Biertrinkern sollte das Quantum Gerste, das sie täglich vertrinken, auf die Brotkarte angerechnet werden.

Dr. Benda: Die Staatsanwaltschaft sei nicht in der Lage, wohlwollende Prüfung zu pflegen. Sie habe keine menschliche Rücksicht auf die Person zu nehmen, sondern sich nach der Straftat zu richten.

Henk verteidigt einen hohen Kartoffelpreis, ein solch niedriger wie in diesem Jahre dürfe nicht wieder kommen.

Stelling bedauert, daß man nach preußischem Muster den Produzentenmilchpreis auf 24—26 Pfg. erhöhen will, was nichts anderes sei als eine Folge der hohen Butter- und Käsepreise. Wenn der Milchpreis so hoch bemessen werde, dann komme eine Herabsetzung der Butterhöchstpreise überhaupt nicht mehr in Frage, was bei unseren jetzigen Kriegsverhältnissen und auch nach dem Kriege um so bedauerlicher sei. Trotz des Sinkens unseres Geldwertes sei ein derartiger Preis ungeheuerlich. Das Traurige in dieser Sache sei, daß Preußen vorgehe und wir mitmachen müßten. Daß Senator Strack die Erhöhung des Milchpreises für berechtigt halte, sei bedauerlich. Für die Hansameierei sei natürlich der Flaschenmilchverkauf jetzt schon lohnender, obwohl sie beim losen Verkauf auch auf ihre Rechnung kommen würde. Wenn Herr Henk bedauert, daß wir uns nicht mehr verständigen können, so liegt das daran, daß er früher manchmal vernünftigere Gedanken hatte. Er zog mit mir an einem Strang, als ich die Beschlagnahme aller dringend notwendigen Lebensmittel forderte. (Sehr richtig!) Der Redner wendet sich weiter gegen Henks Auffassung in der Milchknappheitsfrage, die trotzdem vorherrschend sei, obwohl die große Mehrzahl jetzt keine Vollmilch bekomme. Daß blaue Milch dem Wunsche Batockis entspreche, sei ihm nicht bekannt, dann könne man ja lieber Wasser nehmen und als Milch verkaufen, dann wisse man wenigstens, was man habe. Die auch von Henk geforderten hohen Kartoffelpreise ergäben eine Schraube ohne Ende, sie führten ins Ungeheuerliche und verbreiteten in weiten Volkskreisen mit Recht die Auffassung, daß es so nicht weitergehen könne. Denn auch die Geduld des Volkes habe einmal ein Ende. Wir bekommen für unsere Arbeitskraft nicht im entferntesten das mehr bezahlt, was wir jetzt an erhöhten Lebensmittelpreisen aufwenden müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Von der Regierung sei von Anfang an der Fehler in unserer Preispolitik gemacht worden. Es habe auch nicht lange gedauert, bis man herausfand, die Speisekartoffeln vom Standpunkt des Wertes als Futtermittel zu betrachten. Für die Hindenburgspende seien sehr hohe Preise bezahlt worden, so z. B. Speck mit 2,40 Mk. gegen 80 Pfg. im Frieden. Bei einem solch lohnenden Geschäft lasse sich schon gut spendieren. Nachher schicke man noch Telegramme hinaus und sage; das haben wir bewirkt. Daß sich die Mecklenburger Landwirte auf zwei Jahre hinaus mit Fleisch versorgen, sei ebenfalls ein Beweis dafür, wie manche landwirtschaftlichen Kreise wirken und kennzeichne deren Patriotismus. Redner hofft, daß recht bald billigere Fische auf den Markt kommen, denn die jetzigen Preise seien nicht mehr zu bezahlen. Ferner wendet sich Stelling gegen Dr. Benda und betont, daß er sehr wohl wisse, wie rechtlich die Sache liege, aber er habe sich vor allem dagegen gewandt, daß die Staatsanwaltschaft die Anträge auf Bestrafung an das Gericht gestellt habe und einem 13jährigen Knaben zumute, er besitze die erforderliche Einsicht in die Strafbarkeit seiner Handlung. Es sei in dieser Beziehung eben Unrecht geschehen, das wieder gut gemacht werden müsse. Zum Schluß fordert Redner angesichts der Kartoffelknappheit die Verteilung von Trockengemüse.

Albers ist mit dem Verlauf des Abends zufrieden. Dem Artikelschreiber in den „Lübeckischen Blättern" sei zu viel Ehre angetan, wenn man ihn ernst nehme. Vielleicht sei es ein weltfremdes junges Mädchen. Wo die Mager- und Buttermilch und der Käse bleibt, müsse man doch auch einmal fragen. Man müsse sich wundern, wo die Milch alle bleibt, da die Hansameierei völlig versage.

Baade: Unsere Fischpreise sind denjenigen der schleswig-holsteinischen Fischerei angepaßt, sie sind um 10 bis 15 Pfg. teurer als die der wismarischen Fischer. Aber auch mit einem etwas kleineren Preise könnten die hiesigen Fischer nach ganz gut aus.

Damit ist dieser Punkt erledigt.

3. Antrag: Weiterer Ausbau der Curtiusstraße.

Thiele wünscht, daß den Leuten während des Krieges ihr Gartenland nicht weggenommen wird.

Der Senatsantrag wird nach weiterer unwesentlicher Debatte endgültig angenommen.

4. Antrag: Aenderung des mit der Flugzeugwerft Lübeck-Travemünde G. m. b. H. abgeschlossenen Vertrages vom 28. Februar 1914.

5. Antrag: Gewährung einer Unterstützung an den früheren Kirchhofsgärtner Berlin.

6. Antrag: Ausstattung des Kulenkampkais mit Kränen.

Diese Anträge werden debattelos angenommen.

Der dem Bürgerausschuß zur näheren Erwägung überwiesene und nicht in unveränderter Fassung an den Senat gebrachte Antrag von Klein, betreffend Gewährung von Preisermäßigungen an Kriegsverletzte bei Benutzung der Straßenbahn wird auf Ersuchen des Antragstellers abgelehnt.

Stelling berichtigt noch, daß ihm bei seiner Mitteilung über die Landesversicherungsanstalt in der letzten Bürgerschaftssitzung ein Irrtum unterlaufen sei. Es handle sich bei der Umwandlung vom Monats- in Tagelohn um junge Mädchen, nicht um männliche Angestellte. Eine Lohnkürzung sei nicht eingetreten.

Henze wünscht, daß man den Begriff Arbeiter nicht zu eng ziehen solle, auch Verkäuferinnen sollte man in die Fahrpreisermäßigung einbeziehen.

Schluß 9 Uhr 50 Minuten.

Kommunales.

Eine kommunale Transportabteilung hat die Stadtverwaltung Köln eingerichtet. Angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der An- und Abfuhr von Gütern will die Einrichtung eine weitgehende Ausnutzung der im Stadtgebiet vorhandenen, vor allem auch der privaten Transportmittel, vermitteln. Auch die Straßenbahnen sollen bei der Heranschaffung von Massen-Nahrungsmitteln teilnehmen. Daneben werden kommunale Lagerplätze eingerichtet. Auch die kleinen Transportmittel, Handkarren usw. sollen mit herangezogen werden, wobei die Schulkinder und die Jugendwehr mitwirken sollen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Amtsrat als Wucherer. Mit einem ungewöhnlichen Fall von Kriegswucher hatte sich die Königsberger Strafkammer zu beschäftigen. Als ein Beauftragter der Stadt Pillau bei dem Amtsrat Wiegers in Neuendorf Wrucken kaufen wollte, forderte die Frau Wiegers für den Zentner sechs Mark. Sie wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Höchstpreis 2,50 Mark betrage worauf die Patriotin erklärte: Unter 6 Mk. verkauft mein Mann keine Wrucken und im Frühjahr wird der Preis noch höher sein!" Später wurde auf Probe von Amtsrat Wiegers ein Zentner Wrucken gekauft und es mußten 6 Mk. bezahlt werden, worauf Anzeige wegen Wuchers erstattet wurde. Der Staatsanwalt beantragte 5000 Mark Geldstrafe; er nannte das Verhalten des Amtsrats als unpatriotisch; es zeuge von Habsucht. Die Strafkammer schloß sich dem an und erkannte auf 3000 Mk. Strafe.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.